

**UNIA**



**DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.**

**work**

**Clara Vuillemin: Diese Frau hat die Informatik der «Republik» im Griff. Seite 16**



**Määäh!**

**Warum Geissen zählen  
hochpolitisch ist  
und die Rechten über  
Statistik meckern.**

Seiten 8–9

**Das doppelte  
Ammännchen**

Bundesrat Schneider-Ammann erklärt die Frankenkrise für überwunden. Die Firma seiner Familie verlagert einen Drittel ihrer Stellen ins Ausland. Seite 3



**Mehr Lohn dank Transparenz**  
Faire Löhne für Frauen gibt's nur, wenn die Männerlöhne offenliegen. Seite 2

**Pfl egerinnen packen aus**  
Der Schockbericht aus dem Oltner Altersheim Weingarten. Seite 6



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## TAUSENDRILLIONENHUNDERT

Es gibt Zahlen-Menschen, und es gibt Buchstaben-Menschen. Letztere haben eher Mühe, wenn sie viele Nullen auseinanderhalten müssen. Sind das nun 10000 oder 1000000 oder 10000000 Franken? Für Buchstaben-Menschen sind grosse Zahlen also ähnlich unfassbar wie für Kinder: Tausendhunderttrillionenzehn Franken. Und dennoch halten viele von uns Zahlen für glaubwürdiger als Buchstaben. Einer, der diesen Glauben

### Statistik ist hochpolitisch

schon früh für seine politischen Interessen nutzte, war der

bärtige Bauernführer Ernst Laur (1871–1964). Er sagte: Zahlen sind Soldaten, die viel besser zuschlagen können als alle anderen Argumente. Als Bauernverbands-Chef jonglierte er deshalb schon mit Statistik, bevor es eine Statistik gab. Der Bund sah sich schliesslich genötigt zurückzuschlagen. Mit weniger tendenziösen Zahlen. Und so entstand die offizielle Landwirtschaftsstatistik.

**PRIVATSACHE.** Statistik, das sind nicht nur leere Zahlenhaufen. Statistik ist hochpolitisch. Das sagt der Historiker Hans Ulrich Jost im work-Interview (Seite 8). Als erster hat er die Geschichte der Schweizer Statistik erforscht und geschrieben. Und zeigt, warum die Schweiz zwar jede Geiss erfasst, aber immer noch keine brauchbare Sterbestatistik nach Berufen hat. Weil die Unternehmer, Bankiers und ihre Politiker keine Sozialstatistik wollten. Sie wollten ihren Kritikern nicht noch Argumente für ihre revolutionären Forderungen liefern. Für die Schaffung einer AHV oder einer Arbeitslosenversicherung. Die Patrons wollten sich auch lohn- und profitmässig nicht in die Karten blicken lassen. Lohnstatistiken seien Privatsache und gingen die Öffentlichkeit nichts an, argumentierten sie.

**KEIN WUNDER!** Heute haben wir offizielle Lohnstatistiken. Aber der Lohn ist immer noch unser bestgehütetes Geheimnis. Das schadet vor allem den Frauen. Noch immer verdienen sie rund zwanzig Prozent weniger als die Männer. Doch wie sollen sie auf Lohngleichheit klagen, wenn sie nicht wissen, was ihr Arbeitskollege verdient? Lohntransparenz ist das A und O für Lohnfairness (diese Seite). Jetzt zeigt eine Umfrage des Karrierenetzwerks Xing: 71 Prozent von tausend Befragten in der Deutschschweiz wünschen sich volle Lohntransparenz in ihrem Betrieb. Nur 7 Prozent sind vehement dagegen. Ist doch prima! Eher skeptisch reagieren die, die über 100 000 Franken im Jahr verdienen. Kein Wunder, dass sie den Überblick verlieren, bei all den Nullen!

# So kommen Frauen endlich zu gleichem Lohn Transparenz ist das A und O

**Was tun gegen die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern? Abhilfe schaffen könnten transparente Löhne. Eine Umfrage zeigt: über 70 Prozent sind dafür.**

SABINE REBER

Noch immer verdienen Frauen in der Schweiz rund 20 Prozent weniger als Männer. 40 Prozent der Differenz lassen sich nicht auf Faktoren wie unterschiedliche Qualifikationen, Anforderungen, hierarchische Positionen oder Branchenzugehörigkeit zurückführen. Konkret: Frauen bekommen weniger Lohn, einfach weil sie Frauen sind. Das zeigt auch das Statistische Jahrbuch 2017 (mehr dazu auf den Seiten 8 und 9).

### DER GROSSE LOHNBSCHISS

Was da den Frauen an Geld im Laufe ihres Erwerbslebens vorenthalten wird, ist eindrücklich. Das Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) hatte es 2011 im Auftrag der Unia ausgerechnet. Im Monat beträgt der grosse Lohnbschiss an jeder Arbeitnehmerin in der Privatwirtschaft 730 Franken, im Jahr 8800 Franken und in einem ganzen Erwerbsleben 379 000 Franken.

Übrigens: Der durchschnittliche Lohnunterschied von 20 Prozent gilt nur, wenn man zur Berechnung von einem 100-Prozent-Pensum ausgeht. Wenn die Frauenlöhne nicht auf eine Vollzeitstelle aufgerechnet werden, ist der Unterschied sogar noch grösser: Der Nettolohnunterschied beträgt 32,5 Prozent! Die Frauen haben also tatsächlich im Durchschnitt einen Drittel weniger Lohn zur Verfügung.

### VERGLEICHEN HILFT

Die Zürcher Rechtsanwältin und Spezialistin für Lohngleichheitsklagen, Bibiane Egg, sagt es deutlich: «Viele Frauen würden staunen, wenn sie wüssten, wie viel mehr ihr Kollege verdient. Die Lohntransparenz ist das A und O,



SAUBERE SACHE: Liegen die Löhne offen, klapp't's auch mit der Fairness. FOTO: FOTOLIA

um gegen Diskriminierung vorzugehen.» Denn wie sollten die Frauen vor Gericht klagen, wenn ihnen der Unterschied gar nicht bekannt ist?

In einer repräsentativen Umfrage des Karrierenetzwerks Xing

### «Viele Frauen würden über den Lohn der Kollegen staunen.»

BIBIANE EGG, RECHTSANWÄLTIN

sprachen sich 71 Prozent der Befragten dafür aus, dass alle Einkommen veröffentlicht werden sollten, um Transparenz innerhalb der Unternehmen zu schaffen. Hauptanliegen der Befürworterinnen und Befürworter: Lohnfairness.

### SCHAM UND SOLIDARITÄT

Frauen, die sehr wenig verdienen, nennen ihr Einkommen oftmals aus Scham nicht. Aus der Praxis erzählt Rechtsanwältin Egg, solida-

### AKTION ZUM 14. JUNI

#### Lohngleichheit subito!

Zum Jahrestag des grossen Frauenstreiks von 1991 veranstaltet die Unia eine Aktion zum Thema «Lohngleichheit subito». Wo und wann: 14. Juni, 17 Uhr, Bundesplatz, Bern. Kommen Sie gerne mit Pussyhat, und lassen Sie sich überraschen!



rische Kollegen teilten schon mal der neuen Arbeitskollegin mit, wie viel sie verdienten. Zum Teil ist bei den Männern aber immer noch die Angst verbreitet, sie könnten am Ende etwas verlieren, wenn die Frauen mehr bekämen. Egg: «Die Angst der Männer, ihre Löhne könnten dann sinken, ist

unbegründet. Ich habe noch nie erlebt, dass eine Lohngleichheitsklage die Senkung der Männerlöhne zur Folge hatte.»

### VORBILD ISLAND

In Island lassen Parlament und Regierung den Worten endlich Taten folgen: Ab nächstem Jahr müssen alle Betriebe ab 25 Beschäftigten nachweisen, dass sie gleiche Löhne zahlen. Bis in vier Jahren soll es in Islands boomender Wirtschaft keine Lohndiskriminierung mehr geben.

In der Schweiz dagegen verhindern bürgerliche Politiker und die Wirtschaftsverbände seit über drei Jahrzehnten griffige Massnahmen. Darum plant die Unia eine Subito-Initiative für Lohngleichheit. Rechtsanwältin Bibiane Egg sagt dazu: «Es würde viel bringen, die Lohntransparenz in die Verfassung zu schreiben – eine ganz andere Kultur entstünde in den Betrieben und Organisationen.»

## Mann verzichtet auf Direktorenjob – zugunsten seiner Frau Die linke Waadt macht's möglich

**Der Direktor des Lausanner Unispitals ist von seinem Amt zurückgetreten. Der Grund: Seine Frau, die SP-Nationalrätin Cesla Amarelle, ist in die Kantonsregierung gewählt worden.**

SABINE REBER

Noch sind die Departemente in der Waadtländer Kantonsregierung nicht verteilt. Aber Spitaldirektor Philipp Müller hat sich jetzt schon entschlossen, seinen Direktorensessel zu räumen, um

### Philipp Müller will die Karriere seiner Frau nicht behindern.

jegliche möglichen Interessenkonflikte mit der politischen Karriere seiner Frau auszuschliessen.

Das ist wahre Liebe – und echte Gleichberechtigung: Von Gesetzes wegen hätte Müller nicht auf seinen Posten als Verwaltungsdirektor des Lausanner Unispitals verzichten müssen. Aber er wolle auf keinen Fall seiner Frau im Weg stehen und alles unternehmen, um ihre politische



ECHTE GLEICHBERECHTIGUNG: Cesla Amarelle mit ihrem Mann Philipp Müller am Kongress der SP Waadt Anfang Jahr. FOTO: BERTRAND REY

Karriere nicht zu behindern, erklärte er in der Westschweizer Presse. Er sei von sich aus zur Einschätzung gelangt, dass seine Verantwortung als Direktor aus Gründen der Machtkonzentration nicht kompatibel sei mit dem neuen Amt seiner Frau.

**KUNSTSTÜCK.** Das Spital bedauert den Rücktritt. Müller habe während seiner Amtszeit das Kunststück gemeistert, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren,

ohne dabei die Leistungen für die Patientinnen und Patienten einzuschränken. Das war keine einfache Aufgabe, denn die Universitätsspitäler gehen wegen für sie ungünstiger Tarife durch harte Zeiten.

Müller wird noch bis 31. Dezember weiterarbeiten, um einen reibungslosen Übergang zu sichern. Cesla Amarelle tritt ihr Amt in der Kantonsregierung am 27. Juni an. Die beiden sind Eltern von zwei Töchtern, um die sie sich gemeinsam kümmern.



Endo Anaconda

**worksms**

An Roger Köppel, Trump-Fan

Die Durchsetzungsinitiative: eine kalte Dusche! Das Ja zur erleichterten Einbürgerung: wieder hat's euch kalt erwischt. Die Unternehmenssteuerreform: «wo der Wildbach rauscht». Die Energiewende: die reinste Kneippkur für Klimawandel-Leugner. Falls Sie eine warme Dusche brauchen, bei mir hat's heisses Wasser. Sollte Trump in die Schweiz kommen, darf er sich zur Beruhigung gerne bei mir kalt abbrausen, bis der Duschvorhang am Arsch klebt. Sonst muss unsere Bundespräsidentin am Ende noch den Rugby-Helm montieren. Gegen den rasenden Donald ist Kampfküsser Junckergeradezu ein Weichparkierer. Endo

Ihr SMS an Endo:  
077 437 56 82



PLATTGEWALZT: 2010 liess sich der frisch gewählte Bundesrat Schneider-Ammann von der Belegschaft feiern. Diese Zeiten sind vorbei. FOTO: KEYSTONE

Kahlschlag beim Familienkonzern von Bundesrat Schneider-Ammann

# Mister Werkplatz ist auf Abwrackkurs

**Zehntausende Jobs hat die falsche Geldpolitik der Nationalbank bisher gekostet. Und Wirtschaftsminister Schneider-Ammann schaut zu. Jetzt trifft es seine Familienfirma.**

OLIVER FAHRNI

Als er Bundespräsident wurde, fragte ihn jemand nach seinen drei politischen Prioritäten. «Jobs, Jobs, Jobs», antwortete Johann Schneider-Ammann. Jetzt baut sein Familienkonzern Ammann Group in Langenthal BE 130 Jobs in der Schweiz ab. Ein Kahlschlag. Sohn Hans-Christian Schneider, der die Ammann Group offiziell führt, «in sechster Generation», wie der Wirtschaftsminister stolz sagt, lagert die Arbeit nach Deutschland, Italien, Indien und China aus. Noch Anfang Mai mahnte Vater Schneider-Ammann 600 Touristikmanager in St.Gallen, sie sollten sich etwas einfallen lassen, dem starken Franken «mit Unternehmergeist» begegnen. Drei Wochen später begründet die Familie Schneider die Zerstörung eines Drittels ihrer Jobs in der Schweiz auch mit dem «starken Franken». Mangelt es Schneiders an Unternehmergeist? Sie könnten sich ein Beispiel an der Swatch nehmen. Sie hat dem Franken bisher getrotzt. Immerhin sitzt dort die Tochter von Schneider-Ammann, Daniela Aeschlimann, im Verwaltungsrat.

**Mangelt es den Schneiders etwa an Unternehmergeist?**

Seit 29 Monaten weigert sich der Schneider-Hannes, wie sie ihn zu Hause in Langenthal nennen, als Wirtschaftsminister standhaft, etwas gegen den spekulativ aufgeblähten Franken zu tun. Obschon er als selbsternannter «Mister Werkplatz» und Ex-Präsident des grössten Industrieverbandes, Swissmem, genau weiss: Mit ihrer Geldpolitik schadet die Nationalbank der Schweizer Volkswirtschaft massiv. Mindestens 70000 Jobs haben die Banker schon vernichtet. Und das Massaker geht weiter.

**MIT DER WALZE**

Nach seiner Wahl in den Bundesrat im November 2010 war Schneider-Ammann auf einer Kompakt-Asphaltwalze AMM aus eigener Produktion durchs Firmengelände paradiert und hatte Bratwürste ausgegeben. Nach der aktuellen massiven Stellenvernichtung wird der Baumaschinenkonzern (900 Millionen Franken Umsatz) in der Schweiz noch etwa 270 Angestellte haben, davon gerade noch 40 in der Produktion. Im Ausland aber beschäftigt Ammann über 3400 Arbeitende. Nicht gerade brillant für eine Familie, der die Berner Steuerverwaltung einen so billigen Steuerdeal anbot, dass der Provinzclan sein vielhundertfaches Millionenvermögen aus Steuerparadiesen in die Schweiz zurückholen konnte.

**WARUM TUT ER DAS?**

Die Gewerkschaft Unia sieht denn auch die Firma des Wirtschaftsministers «in einer besonderen Verantwortung für den Werkplatz Schweiz und seine Mitarbeitenden». Der Industrie-Zentralsekretär Manuel Wyss verlangt eine sozialpartnerschaftliche Lösung, die Vermeidung von Kündigungen sowie Frühpensionierungen und Weiterbildungsmassnahmen. Ammann hatte schon im Herbst 2016 vierzig Arbeitende entlassen. Der damalige Sozialplan war allerdings eher dürftig gewesen.

Bleibt die Frage, warum ein Wirtschaftsminister nichts gegen einen überteuerten Franken tut, wenn dieser Franken die Volkswirtschaft und seine eigenen Interessen beschädigt. Eine falsche Frage. Sie geht von der irrigen Annahme aus, der FDP-Bundesrat vertrete die Interessen der Arbeitenden und der gesamten Bevölkerung. Das ist naiv. Für ein Unternehmen wie Ammann und seine Besitzenden ist es durchaus rentabel, im Ausland zu produzieren. Und nebenbei noch alle Vorteile zu kassieren, welche die Schweiz bietet. Zum Beispiel tiefste Unternehmenssteuern. Beste Infrastruktur. Wirtschaftsförderung. Die Arbeit der ETH und anderer Forschungseinrichtungen. Hochqualifizierte Ingenieure. Und einiges mehr.

**SOLANGE DER PROFIT STIMMT**

Der Wirtschaftsminister ist trotz Oberaargauer Zungenschlag und Helvetia-Folklore ganz ein Mann der Konzerne. Er war gegen verstärkte flän-

kierende Massnahmen gegen Lohndumping und zeigt bei Massenentlassungen (etwa bei Alstom) Verständnis. Er will das Schweizer Arbeitsgesetz noch weiter aufweichen,

**Der Wirtschaftsminister ist ganz ein Mann der Konzerne.**

obschon es bereits heute nicht völkerrechtskonform ist. Er ist ein Turbolädeler, der Verkäuferinnen und Verkäufer rund um die Uhr arbeiten lassen will. Er verweigert jede Industriepolitik, die mit Cleantech und mit Digitalisierung viele neue Jobs schaffen könnte. Leidet und klagt er öffentlich über den starken Franken, ist das geschenkt: Er wird weiterhin keinen Druck auf die Nationalbank machen. Solange der Profit stimmt.

**Werkplatz: Unia und Arbeitgeber spannen zusammen**

In der Schweiz droht die Deindustrialisierung. Das zeigt der Fall der Ammann Group. Und das sieht nicht nur die Gewerkschaft Unia so, sondern auch der Arbeitgeberverband Swissmechanic. Dieser vertritt in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen aus der Maschinen-, Elektro- und Metallbranche. Und ortet viele Probleme am gleichen Ort wie die Gewerkschaft.

**DRINGEND.** Der Frankenschock habe die Rahmenbedingungen für viele KMU erschwert, heisst es in einem gemeinsamen Pressecommuniqué. Oliver Müller, der Direktor von Swissmechanic, präzisiert: «Die Politik nimmt die Probleme der Schweizer KMU-Industrie nicht wahr. Dabei brauchte es dringend eine Diskussion über die Zukunft des Werkplatzes.»

Um für diese Diskussion die Basis zu legen, haben die Unia und Swissmechanic gemeinsam eine Studie in Auftrag gegeben über die Probleme der KMU in der Schweizer Industrie. Die Resultate sollen im September 2017 der Öffentlichkeit präsentiert werden. (cs)

## Erfolgreiche Streikdrohung

**VERNIER GE.** Beim Duftstoffhersteller Givaudan haben sich die Angestellten erfolgreich gegen einen schlechteren Gesamtarbeitsvertrag gewehrt. Dreiviertel von ihnen beschloss zu streiken. Doch bevor es dazu kam, lenkte die Direktion ein. Die Belegschaft verhinderte so nicht nur Verschlechterungen bei den Überstunden, sondern erreichte auch eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent für dieses Jahr sowie 1,2 Prozent für die beiden folgenden Jahre. Der Streikandrohung gingen fünf Monate intensive Verhandlungen voraus.

**Loth lenkt ein**

**ETOY VD.** Nicht mit uns, sagten die Stromer von Loth Electricité: Die waadtländische Firma hatte zu tiefe Löhne gezahlt und versucht, die Angestellten einzuschüchtern. Ende März protestierten diese vor dem Firmensitz, unterstützt von der Unia



**GEWONNEN:** Die Elektriker vor der Firma Loth. FOTO: T. PORCHET

(work berichtete). Jetzt hat die Firma eingelenkt und eine Einigung unterzeichnet: Die Búezer erhalten insgesamt 30000 Franken. Und Loth verpflichtet sich, künftig den Gesamtarbeitsvertrag einzuhalten. Pablo Guarino von der Unia Waadt ist zufrieden: «Nach unserem Protest hat die Firma ihre Verantwortung wahrgenommen.»

**Mehr Personal in der Pflege!**

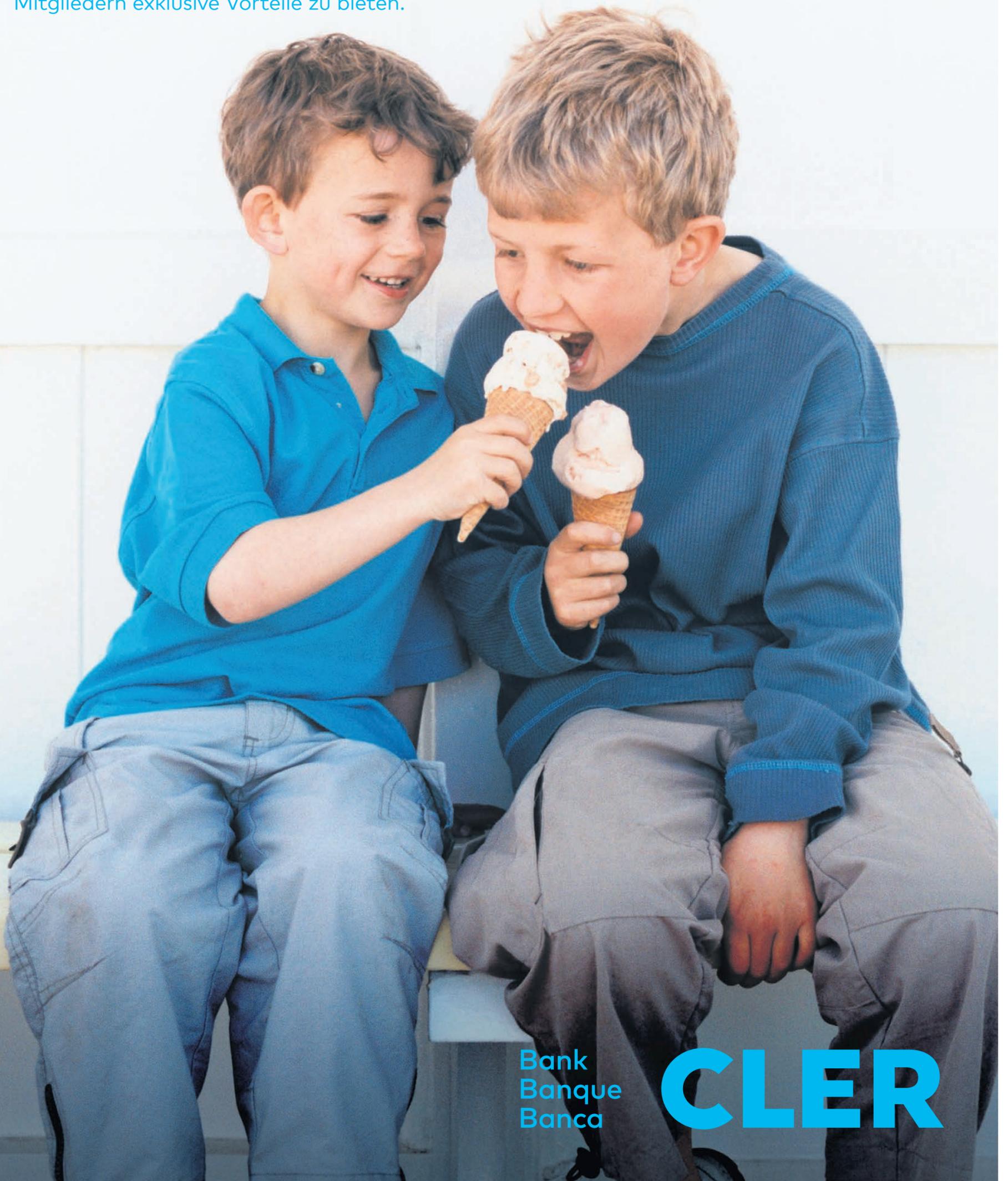
**BERN.** Genug Personal und sichere Anstellungen: das sind zwei der Forderungen der Unia-Petition «Gute Pflege und gute Betreuung brauchen gute Arbeitsbedingungen». Unia-Mitglieder haben sie diese Woche bei der Bundeskanzlei eingereicht – mit über 10000 Unterschriften, die sie seit letztem Jahr gesammelt hatten. Für Udo Michel, verantwortlich für die Pflege bei der Unia, ist klar: «Die Politik ist in der Pflicht.» Die Pflegenden fordern ausserdem faire Löhne und Zulagen, Wertschätzung für die geleistete Arbeit und gute Gesamtarbeitsverträge.

**40-Std.-Woche bei DSM Lalden**

**LALDEN VS.** Die Angestellten des Chemieunternehmens DSM in Lalden können sich über einen verbesserten Gesamtarbeitsvertrag freuen. Insbesondere die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 41 auf 40 Stunden ist ein grosser Erfolg für die Unia, die den Vertrag ausgehandelt hat. Der verantwortliche Gewerkschafter German Eyer freut sich entsprechend: «Dass wir das erreichen konnten, ist schon aussergewöhnlich.» Die weiteren Punkte: höhere Schichtzulagen, ein Vaterchaftsurlaub von 6 Tagen sowie Verbesserungen bei Ferienregelung und Kündigungsfristen.

# Braucht eine Bank Freunde?

Aber ja doch! Umso glücklicher sind wir, die Unia  
auch weiterhin an unserer Seite zu wissen und ihren  
Mitgliedern exklusive Vorteile zu bieten.



Bank  
Banque  
Banca

**CLER**

Katar Polier Schwitter hat eine WM-Baustelle kontrolliert – und ist baff:

# «Da könnten auch die Schweizer etwas lernen»



**HEXENKESSEL:** Im Stadion von al-Chaur, das Robert Schwitter (rechts im Bild) besucht hat, sollen über 45 000 Fussballfans Platz finden. FOTOS: ROBERT SCHWITTER / NINA SEILER

## 2022 steigt die Fussball-WM in Katar. Doch wie steht es mit der Sicherheit der Baustellen? Unia-Mann Robert Schwitter war vor Ort.

CHRISTIAN EGG

«So etwas habe ich in der Schweiz noch nie gesehen», erzählt Robert Schwitter. Auf den Armierungseisen, die aus dem Boden ragen, stecken gelbe Hütchen aus Plastic. Das sei vorbildlich: «Wenn ein Arbeiter stolpert und hinfällt, wird er nicht aufgespiessst.»

Der ehemalige Polier und Baustelleninspektor ist soeben aus dem Golfstaat Katar zurückgekommen. Dort hat er in der Stadt al-Chaur eine Stadionbaustelle kontrolliert. In Katar findet 2022 die WM statt. Schwitter ist beeindruckt: «Die Sicherheit auf der Baustelle ist top. Da könnten Schweizer Baufirmen noch etwas lernen.»

Überall, wo es in die Tiefe geht, sei ein Geländer montiert. Jede Leiter ist gesichert, so dass sie nicht wegrutschen kann. Auch die Baugerüste sind so konstruiert, dass die Buezer nicht runterfallen können. Bei Arbeiten nahe am Abgrund seien sie zudem mit Karabinerhaken am Gerüst gesichert. So schwärmt Kontrolleur Schwitter. Er hat genau hingeschaut: «Die Karabiner waren nicht neu, sie waren etwas abgewetzt.» Damit sei für ihn klar: «Die Firma hat sie nicht erst für unsere Kontrolle eingesetzt.» Die Sicherheit werde auf der Baustelle in al-Chaur «wirklich gelebt».

### FEHLT DER FEUERLÖSCHER?

Der 58jährige Unia-Mann weiss, wovon er spricht. Nach einer Baulehre und der Polierausbildung hat er neun Jahre lang Baustellen

kontrolliert. 2002 war er der erste Baustelleninspektor der Schweiz, in einem Pilotprojekt des Kantons Bern.

Dem erfahrenen Berufsmann fiel es während des Kontrollrundgangs in al-Chaur denn auch sofort auf: Dort, wo ein Feuerlöscher hätte sein sollen, war keiner. Schwitter reklamierte sofort. Und erfuhr, dass die Arbeiter in der Nähe am Schweißen waren und den Feuerlöscher mitgenommen hatten, um ihn im Fall der Fälle griffbereit zu haben. Schwitter sagt: «So soll es sein.»

### KEINE GEWERKSCHAFTEN

Die Kontrolle in Katar machte Schwitter als Unia-Vertreter bei der internationalen Baugewerkschaft BHI, zusammen mit Fachleuten aus italienischen und britischen Gewerkschaften. Das Stadion in al-Chaur war das zweite, das die BHI

### «Sicherheit wird auf der Baustelle in al-Chaur wirklich gelebt.»

ROBERT SCHWITTER, UNIA

kontrollierte, vier weitere Inspektionen sind noch dieses Jahr geplant. Im letzten November einigten sich die BHI und die Behörden von Katar auf die Inspektionen. Ein

grosser Erfolg, wie die BHI-Vertreterin der Unia, Rita Schiavi, erklärt: «In Katar gibt es keine Gewerkschaften. Da ist es schon bemerkenswert, dass die Regierung mit uns zusammenarbeitet.»

### PRIVILEGIERTE EINHEIMISCHE

Durch die Kontrollen hätten sich die Bedingungen für die Bauarbeiter stark verbessert. Schon bald werden 36 000 Arbeiter an den WM-Stadien bauen. Mindestens für sie sieht es gut aus. Schiavi: «In einem nächsten Schritt müssen wir jetzt die Situation für alle Bauarbeiter im Land verbessern.» Und das sind unvorstellbar viele: rund eine Million sagen Schätzungen. Sie kommen aus Indien, Nepal, Bangladesh. Katarer hat es fast keine darunter. Denn die rund 300 000 Einheimischen leben privilegiert. Der kleine, reiche Golfstaat hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Die harten Jobs machen Migrantinnen und Migranten aus Asien – es sind rund zwei Millionen total.

Immerhin: In einigen Punkten hat der Druck der Gewerkschaft BHI schon etwas für alle Bauarbeiter bewirkt. Die Baufirmen müssen die Löhne seit kurzem an eine staatliche Stelle überweisen, die sie kontrolliert und dann an die Beschäftigten weiterleitet. Ein Fortschritt.



**ÜBERGWÄNDLI UND SCHUTZHJELM:** Angemessene Schutzkleidung ist für die rund 2000 Buezer auf der Baustelle al-Chaur Pflicht, auch bei Temperaturen von weit über 30 Grad. FOTOS: ROBERT SCHWITTER



Der lange Weg zu besseren Arbeitsbedingungen

## Fussball ohne tote Bauarbeiter

Der Kampf der internationalen Baugewerkschaft BHI für die Buezer begann vor der WM in Südafrika. Ex-Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina erinnert sich.

CHRISTIAN EGG

Damals sass Joseph Blatter noch fest im Sattel. 2002 versprach er: Wenn er als Fifa-Präsident wiedergewählt werde, bringe er die Fussball-WM nach Afrika. Der Deal ging auf: Blatter bekam die Wiederwahl, Südafrika die WM 2010. Für die Gewerkschaften war das die Chance, sich für mehr Sicherheit auf den WM-Baustellen einzusetzen. Alleine zwischen April 2006 und Februar 2007 starben in Südafrika 130 Bauarbeiter bei

### «35 000 neue Mitglieder traten in die Gewerkschaft ein.»

VASCO PEDRINA



Arbeitsunfällen. «Da konnten wir nicht tatenlos zuschauen, sagt Vasco Pedrina. Der ehemalige Unia-Co-Präsident war damals auch der Vizepräsident der internationalen Baugewerkschaft BHI. Diese startete eine Kampagne und machte Druck auf die Fifa für eine WM ohne tote Bauarbeiter. Im Visier waren die Bedingungen auf den WM-Baustellen. Aber es sei von Anfang an um mehr gegangen, so Pedrina: um Unterstützung für die Gewerkschaften in Südafrika.

**DURCHBRUCH.** Es war ein harziger Weg. Schon nur bis die Gewerkschaftsvertreter den allmächtigen Fifa-Präsidenten Sepp Blatter treffen konnten, mussten sie sich fast drei Jahre lang bemühen. Doch dann der Durchbruch. Pedrina: «Nach dem Treffen kam Bewegung in die Sache, aber wir mussten immer wieder nachhaken, damit etwas passierte.»

Zum Beispiel 2009, als eine Delegation von BHI und südafrikanischen Gewerkschaften Stadionbaustellen besichtigen sollte. Abgemacht waren drei Inspektionen. Aber in Kapstadt und Durban wurde der Delegation der Zugang verwehrt. Die örtlichen Gewerkschaften drohten mit Streik. Und plötzlich war die Inspektion doch noch möglich. Der zweite Durchbruch.

**VIEL SCHUB.** Die WM-Kampagne gab den südafrikanischen Gewerkschaften viel Schub. Vasco Pedrina: «Insgesamt 35 000 neue Mitglieder traten in die Gewerkschaft ein. Und in den darauffolgenden Jahren konnte sie einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit deutlich besseren Löhnen und Arbeitszeiten abschliessen.»

Vier Jahre später war dann Brasilien dran mit der Fussballweltmeisterschaft. Und erneut mussten mindestens acht Arbeiter ihr Leben auf den Stadionbaustellen lassen. Die BHI intervenierte erneut. Und auch die Gewerkschaften vor Ort wehrten sich für mehr Sicherheit. Ebenfalls erfolgreich: Sie gewannen allein in Brasilien noch einmal so viele Mitglieder dazu, wie es vorher in ganz Lateinamerika gab. Für Gewerkschafter Pedrina ist klar: «Ohne die Fussball-WM hätten wir das nie geschafft.»

## Italien Erfolg für die Gewerkschaft

Je eine Million Unterschriften hat die Gewerkschaft CGIL in Italien für verschiedene Referenden gesammelt. Eines verlangte die Abschaffung der «Vouchers»: Diese boten anfangs die Möglichkeit, kleine Arbeiten in Privathaushalten vereinfacht zu entlohnen. Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Matteo Renzi lockerte jedoch die



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Bedingungen, und bald wurden Hunderttausende prekär mit solchen Vouchern bezahlt. Das zweite Referendum verlangte, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben die Einhaltung von sozialen Standards wieder Voraussetzung werde. Beide Forderungen gegen die Deregulierung des Arbeitsgesetzes waren sehr populär. Die Regierung

### Kampf ums Arbeitsgesetz geht weiter.

wollte deshalb eine Abstimmung vermeiden und akzeptierte sie vor dem auf Ende Mai angesetzten Abstimmungstermin. Die Medien schrieben: «Ein grosser Erfolg für die CGIL.» Das kann die grösste Gewerkschaft Italiens, die in den Krisenjahren arg gebeutelt wurde, gut brauchen. Auch bei den Gesamtarbeitsverträgen geht es wieder vorwärts, viele konnten erneuert werden.

**OHRFEIGE.** Das ist umso wichtiger, als die Gewerkschaften die grösste Oppositionsbewegung im Land bilden. Und die meisten progressiven Kräfte in der Krise sind. Matteo Renzi scheiterte im Dezember mit der Wahlreform, die er auf die eigene Karriere zugeschnitten hatte. Nach einer schallenden Ohrfeige in der Volksabstimmung trat er im Dezember zurück. Die Linke konnte dies aber nicht zu einem Aufbruch nutzen, es folgte nur eine neue Parteispaltung. Gleichzeitig legt die Bewegung Cinque Stelle von Pepe Grillo zu, die im Europaparlament mit dem französischen Front national und mit der deutschen AfD im Rechtsausen-Boot sitzt.

Der Kampf ums Arbeitsgesetz geht unterdessen weiter: Die CGIL mobilisiert gegen ein weichgekochtes Nachfolgemodell der Regierung zum Voucher. Und für ein neues Grundgesetz zur Arbeit, das die Rechte der Arbeitnehmenden garantieren soll. Die Initiative ist bereits deponiert, mit über einer Million Unterschriften.



### Protestmail an Senevita

Unia-Aktivistinnen und -Aktivisten aus Pflege und Betreuung wehren sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege. Unterstützen Sie die Pflegeprofis und sagen Sie Nein zum Gewinnstreben auf Kosten des Personals, zum Beispiel bei Senevita, dem zweitgrössten privaten Pflegeunternehmen der Schweiz. Unterzeichnen Sie das Protestmail an die Senevita-Heime in Pratteln BL und Spreitenbach AG und fordern Sie die Heimleitung auf, die unhaltbaren Zustände zu ändern.

[www.unia.ch/senevita](http://www.unia.ch/senevita)

Im Oltner Pfl egeheim Weingarten herrscht ein respektloser Führungsstil:

# «Schlucken Sie eine Tablette und kommen Sie arbeiten»

**Null Respekt vor den Pfl egerinnen, zu wenig Essen für die Bewohnerinnen, Matratzen voller Urin: So beschreiben Ex-Angestellte den Alltag im Altersheim Weingarten in Olten.**

CHRISTIAN EGG

«Wir waren alle am Limit», sagt Petra Loosli\*. Viele Jahre arbeitete sie als Pflegehelferin im Alters- und Pflegeheim Weingarten in Olten, bis sie vor einem Jahr kündigte. Kaum mehr Zeit für die Bewohner, «dazu die dauernden Anwürfe der Heimleiterin, das wollte ich mir nicht mehr antun», sagt sie.

Die Probleme gebe es vor allem, seit im Jahr 2012 die jetzige Leiterin Verena Hert das Ruder übernommen habe. Sie habe immerfort am Personal gespart, so Loosli: «Wir waren dauernd zu wenig Leute.» In der Nachmittagschicht sei sie regelmässig alleine für 14 alte Menschen verantwortlich gewesen. «Wenn nur zwei Durchfall haben, ist so eine richtige Pflege schlicht nicht möglich.»

### DIE CHEFIN AM DRAHT

Der ständige Stress schlägt auch Pflegehelferin Monika Flückiger auf die Psyche. Die Gesundheit leidet: Ihr Blutdruck ist viel zu hoch. Als ihr Arzt dies bemerkt, schreibt er sie sofort krank. Für 14 Tage. Doch schon einen Tag später klingelt das Telefon. Am Draht ist die Pflegedienstleiterin. Die 49jährige erinnert sich: «Sie sagte mir: Schlucken Sie eine Tablette gegen den Bluthochdruck, und kommen Sie nächste Woche wieder arbeiten.» Das Arztzeugnis war der Chefin egal. Mehr noch: Sie rief auch beim Arzt an und fragte ihn nach Flückigers Gesundheitszustand. Glücklicherweise machte der Mediziner

\* Name geändert.



AMTSWEG: Mit diesem Brief wandten sich die ehemaligen Angestellten an die Verantwortlichen des Pfl egeheims. Passiert ist bisher nichts.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir als ehemalige Mitarbeitende des APH Weingarten haben uns als Gruppe organisiert um an Sie als Verwaltungskommission der Bürgergemeinde Olten zu gelangen und auf diverse Missstände im APH Weingarten aufmerksam zu machen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf unsere Erfahrungen und Beobachtungen aufmerksam machen, um eine nachhaltige Verbesserung für die BewohnerInnen und aktuellen Mitarbeitenden im APH Weingarten zu erzielen. Deswegen ersuchen wir Sie um ein Gespräch mit dem Präsidenten der Verwaltungskommission.

nicht mit, gab keine Auskunft. Selen Baskara von der Unia Biel-Solothurn ist empört: «Das geht gar nicht! Das ist ein Versuch, das Arztgeheimnis auszuhebeln.»

Auch Liliane Gertsch\* kündigte letztes Jahr ihren Job im Weingarten. Die Pflegerin berichtet von unhaltbaren Zuständen. Mehrere Bewohnerinnen und Bewohner seien inkontinent und trügen Einlagen. «Normalerweise haben die Matratzen deshalb einen Überzug aus Gummi», so Gertsch. «Im Weingarten gab es das nicht.» Den Pflegerinnen sei nichts anderes übriggeblieben, als die nassen Matratzen zu wenden. Immer wieder.

### KNAPPE ESSENSRATIONEN

Damit nicht genug. Gertsch sagt: «Ich habe noch in keinem Heim so viele Stürze erlebt wie hier.» Ein grosses Problem: Im Alter werden die Knochen brüchig, jede Operation ist ein Risiko.

Grund für die vielen Unfälle im Weingarten sei unter anderem ein Mangel an Flüssigkeit, vermutet Pflegerin Gertsch. Viele der Seniorinnen und Senioren seien regelrecht ausgetrocknet. Deshalb werde ihnen schwindlig. «Oft gab

### «Ich habe nie so viele Stürze erlebt wie hier.»

LILIANE GERTSCH\*, PFL EGERIN

es in den Zimmern kein Mineralwasser mehr, und ich musste mich in den Abteilungen auf die Suche machen», berichtet Gertsch. Und auch beim Essen spare das Heim, sagt Petra Loosli. Immer wieder habe es zu wenig gegeben, berichtet sie: «Wenn wir in der Küche nachfragten, ob wir noch etwas Kartoffeln oder Brot haben könnten, hiess es nein.»

Eine Gruppe von rund zehn ehemaligen Angestellten möchte

jetzt die Zustände im Heim verbessern. Mitte April schrieb sie der zuständigen Behörde, der Verwaltungskommission der Bürgergemeinde Olten, einen Brief und bat um ein Treffen. Die Unia unterstützte sie dabei. Doch Kommissionspräsident Walter von Känel (FDP) ging darauf bisher nicht ein. Unia-Frau Baskara: «Er vertröstete mich auf die nächste Sitzung der Kommission. Die finde erst Mitte oder Ende Juni statt.» Weil sie für ihre Anliegen auf offiziellen Wegen kein Gehör fanden, sahen die ehemaligen Angestellten keinen anderen Weg, als an die Öffentlichkeit zu gelangen.

Gegenüber work schreibt von Känel auch anstelle von Heimleiterin Hert (sie war bis Redaktionsschluss nicht erreichbar), er weise die Kritik zurück. Er geht aber nicht auf die Missstände ein. Für Selen Baskara ist klar: «Er spielt offensichtlich auf Zeit.»

## Neue Reglemente zum Umgang mit Mobbing und sexueller Belästigung Die Unia hat gehandelt

**Wie geht eine Organisation mit Fällen von Mobbing und sexueller Belästigung um? Die Unia hat sich intensiv damit befasst.**

CLEMENS STUDER

Der Fall von sexueller Belästigung in der Region Zürich-Schaffhausen hat Unia-intern zu heftigen Debatten und in den Medien zu vielen Berichten geführt. Im Laufe der Aufarbeitung stellte sich heraus, dass drei Unia-Reglemente präzisiert werden müssen, damit künftig ähnliche Vorfälle schneller erledigt werden können.

Deshalb hat die Unia diese Reglemente in den vergangenen Monaten geändert. Das Ziel: die Persönlichkeitsrechte der Unia-Mitarbeitenden besser zu schützen und bei Fällen von Mobbing und sexueller Belästigung personalrechtlich schneller handeln zu können.

### Einige zentrale Änderungen:

- Die Begriffe «Mobbing» und «sexuelle Belästigung» sind zeitgemässer definiert;
- die Verantwortlichkeiten der Vorgesetzten werden umfassender formuliert;
- für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird präzisiert, wie sie sich gegen persönlichkeitsverletzendes Verhalten wehren können;
- das formelle Beschwerdeverfahren ermöglicht neu vorsorgliche Massnahmen zum Schutz der Betroffenen;
- personalrechtliche Massnahmen bis hin zu einer fristlosen Entlassung können auch ohne formelles Sanktionsverfahren getroffen werden.

**EXTERN.** Für Unia-Mitarbeitende, die im Zusammenhang mit Mobbing oder sexueller Belästigung Probleme haben, gibt es neu eine

zusätzliche externe Vertrauensstelle. Sie können sich ohne Rücksprache mit Vorgesetzten direkt an sie wenden (die regionalen Adressen: [www.proitera.ch](http://www.proitera.ch)). Sollte man die Situation nicht klären und regeln kön-

### Für Betroffene gibt es externe Vertrauensstellen.

nen, kann ein formelles Beschwerdeverfahren eingeleitet werden. Dafür stehen die beiden externen Organisationen BeTrieb (Deutschschweiz, online auf [www.betrieb.ch](http://www.betrieb.ch)) und Vicario (Westschweiz und Tessin, [www.vicario.ch](http://www.vicario.ch)) zur Verfügung.

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt zu den neuen Reglementen: «Es war wichtig, diese Reglements-



VANIA ALLEVA: «Die Anpassungen bringen besseren Schutz.» FOTO: MANU FRIEDERICH

anpassungen möglichst rasch zu erarbeiten. In diesem sensiblen Bereich haben wir jetzt effektivere Instrumente, die einen besseren Schutz bieten.»



RUND UM DIE UHR: Geschäftsmänner beim japanischen Privatsender Nippon Television in Tokyo. FOTO: REUTERS

Herzinfarkt mit 27, Selbstmord wegen Dauerstress:

# Japan chrampft sich tot

In Japan sterben so viele an Überarbeitung, dass es dafür sogar ein eigenes Wort gibt: 過労死, Karoshi.

MICHAEL STÖTZEL

Mit ihrem Tod taten Matsuri Takahashi und Joey Tocnang etwas für ihre Kolleginnen und Kollegen in Japan. Weltweit berichteten nämlich alle grossen Zeitungen darüber und beschäftigten sich mit den fürchterlichen Arbeitsbedingungen in einer der reichsten Industrienationen. Der 27 Jahre alte Filipino Tocnang hatte als Lehrling in einer Giesserei gearbeitet. Er starb im April 2014 an einem Herzinfarkt. Die 24jährige Takahashi stürzte sich im Dezember 2015 vom Dach des Wohnheims einer Werbeagentur. Beide Fälle wurden Ende letzten Jahres nach einer staatlichen Untersuchung als Karoshi anerkannt, als Tod durch Überarbeitung. Tocnang hatte in den Monaten vor seinem Herztod zwischen 79 und 122 Überstunden leisten müssen. Takahashi brachte es auf 130 Stunden Mehrarbeit in ihrem vorletzten und auf 99 Überstunden in ihrem letzten Monat.

## UNBEZAHLTE ÜBERSTUNDEN

Ihr Tod trug dazu bei, dass die japanische Regierung erstmals ein Weissbuch mit Da-

ten zu den Überstunden in Auftrag gab. Dazu liess sie 10000 Unternehmen befragen, von denen 1743 antworteten. Zudem erhielt sie Daten von etwa 20000 Beschäftigten. Gesetzlich gilt in Japan die 40-Stunden-Woche. Die Firmen können jedoch längere Arbeitszeiten mit den Betriebsgewerkschaften aushandeln. Und von diesem Recht machen sie reichlich Gebrauch: 23 Prozent der Unternehmen gaben an,

## Bei Takahashi waren es in einem Monat 130 Überstunden.

sogar mehr als 100 Stunden. Der Arbeitsrechtler Koji Morioka, einer der Mitarbeiter des Weissbuchs, erklärte, oft müssten die Überstunden nicht einmal gross erzwungen werden. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter hielten sie für selbstverständlich und liessen sich deshalb auch nicht für die zusätzlich geleistete Zeit bezahlen.

Als Tod durch Überarbeitung erkennt das Arbeitsministerium diejenigen Fälle an, in denen Beschäftigte mehr als 100 Überstunden in ihrem letzten Monat oder durchschnittlich 80 Überstunden in den letzten sechs Monaten ableisten mussten. In dem Fall muss die Firma die Hinterbliebenen entschädigen. Allein zwischen März 2015

und März 2016 versuchten 2310 Angehörige, diese Entschädigung einzuklagen, so offizielle Angaben der Regierung. In weniger als einem Drittel der Fälle mit Erfolg, weiss Hiroshi Kawahito vom «Nationalen Verteidigungsrat der Karoshi-Opfer». Er ist davon überzeugt, dass die Regierung die Opferzahlen bewusst fälscht, und rechnet selbst mit jährlich um die 20000 Karoshi-Opfern.

## ANGST UM DEN JOB

Vom Tod durch Überarbeitung sprach Japan erstmals 1969. In den 1970er Jahren wurde Karoshi offiziell als Berufskrankheit anerkannt. Damals war das Lohnniveau durchweg sehr tief, und die Beschäftigten mussten durch Überstunden ihr Einkommen aufbessern. In den 1980er Jahren stieg Japan zur weltweit zweitgrössten Wirtschaftsmacht auf und verlangte nach jeder Hand und jeder zusätzlichen Arbeitsstunde. Nachdem mehrere hochrangige Manager am Arbeitsplatz gestorben waren, wurde Karoshi zum Medienthema, und das Arbeitsministerium begann ab 1987 Opferstatistiken zu veröffentlichen.

Der Wirtschaftsboom brach Ende der 1990er Jahre zusammen. Nun blieben die Beschäftigten aus Angst, ihren Job zu verlieren, auch nach Feierabend am Arbeitsplatz. Arbeitsrechtler Morioka meint dazu: «Die Leute arbeiten so viel, dass sie nicht mal die Zeit haben, sich zu beklagen.»

## Arbeitszeit: Karoshi bald auch in der Schweiz?

Die Arbeitswoche in der Schweiz ist mit 42 Stunden drei Stunden länger als im europäischen Durchschnitt. In unserem Land werden häufiger die Arbeitszeiten kurzfristig geändert, nur noch eine Minderheit kann die Pausen frei wählen. Über 60 Prozent arbeitet unter Termindruck, 25 Prozent klagen über häufigen oder ständigen Stress, jede und jeder dritte fühlt sich zum Feierabend meistens oder immer total erschöpft. Das sind Ergebnisse der sechsten Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen aus Schweizer Sicht.

Die neusten Zahlen beruhen auf Angaben von 2015 und belegen im Vergleich zu 2005, was nicht überraschen dürfte: Die Flexibilisierungen des letzten Jahrzehnts gehen durchweg zulasten der Beschäftigten. Da-



GNADENLOS: Karin Keller-Sutter, Konrad Graber.

mit nicht genug: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat schon vor längerer Zeit jährliche stressbedingte Gesundheitskosten von vier Milliarden Franken errechnet. Dafür zahlen muss die Allgemeinheit.

**BÜNDNIS.** All diesen Belastungen zum Trotz beschäftigt sich das Parlament mit einem weiten Abbau des Arbeitnehmer-

schutzes. Auf Initiative der St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP) und ihres Luzerner Kollegen Konrad Graber (CVP) soll ein bedeutender Teil der Beschäftigten die Arbeitszeit nicht mehr erfassen. Fallen sollen auch die Begrenzung der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit auf 45 Stunden und die minimale tägliche Ruhezeit von 11 Stunden.

Kommen Keller-Sutter und Graber mit ihren Vorschlägen durch, herrschen in der Schweiz zwar noch nicht japanische Verhältnisse. Doch auch hier wären die Folgen gravierend: Gratarbeit und Überarbeitung als Konsequenz fehlender Arbeitszeiterfassung.

Die Gewerkschaftsdachverbände Travail Suisse und SGB haben deshalb zusammen mit der Gesellschaft für Arbeits-

## workfrage: Arbeiten wir in der Schweiz zu viel?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

medizin ein «Bündnis gegen Burnout und Gratarbeit» gegründet, um sich gegen die Regulierungspläne der beiden Ständeräte zu wehren. (ms)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## NUR DER ZUFALL DER GEBURT

Zu den bizarrsten Versammlungen, denen ich in meiner achtjährigen Amtszeit als Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung beigewohnt habe, gehören die «Pledging Conferences». «To pledge» bedeutet auf deutsch «versprechen». An grossen, rechteckigen Konferenztischen im

## 46 Millionen Menschen drohen jetzt zu sterben.

Uno-Wolkenkratzer am New Yorker East River oder im Genfer Völkerbund-

palast sitzen auf der einen Seite die Diplomaten der Industriestaaten, in den obligaten dunkelblauen, massgeschneiderten Anzügen. Auf der anderen Seite die Programmverantwortlichen der Uno-Spezialorganisationen.

**GESPENSTISCHE KONFERENZ.** Die Uno-Leute beschreiben eine anstehende Katastrophe und errechnen die nötigen Finanzbeiträge, die sie für Hilfsprogramme unbedingt benötigen. Die Diplomaten hören zu, stellen Fragen und «versprechen» im Namen ihrer Regierungen, so und so viel Geld für dieses oder jenes Hilfsprogramm zu überweisen.

So eine gespenstische «Pledging Conference» fand Ende März in Genf statt. Es ging um vier Länder, in denen eine fürchterliche Hungersnot wütet: der Südsudan, Nordkenia, Somalia, Jemen. 46 Millionen Menschen drohen zu sterben. Für die humanitäre Soforthilfe verlangte das Uno-Welternährungsprogramm 4 Milliarden Dollar. Es erhielt von den Industrieländern Versprechen über gerade mal 247 Millionen. Seitdem wird gestorben, im Südsudan, in dem durch saudische Bomben zerstörten Jemen, in der Wüste Somalias und in den völlig ausgetrockneten Savannen des nördlichen Kenia. Es sterben Menschen wie du und ich. Was uns von ihnen trennt, ist nur der Zufall der Geburt. Warum verweigern die Industriestaaten ihre Hilfe? Die französische Botschafterin brachte es in Genf auf den Punkt: Frankreich habe sechs Millionen Arbeitslose, eine Budgetkrise und leere Kassen. Die Bankenrettung mit Milliarden Euro hat den Staatshaushalt mancher europäischer Staaten ruiniert. Darum sterben jetzt die Afrikanerinnen und Afrikaner.

**WAFFEN- UND ÖLGESCHÄFTE.** Für die Tragödie sind noch andere verantwortlich. In Jemen führt Saudiarabien einen Vernichtungskrieg gegen die aufständische schiitische Bevölkerung. Frankreichs Ex-Präsident François Hollande hatte 2015 mit den saudischen Finslerlingen einen Vertrag über die Lieferung von hochmodernem Kriegsgerät abgeschlossen. Umfang: 18 Milliarden Euro. Im Südsudan bekämpfen sich die Stammesfürsten der Dinka und der Nuer. Die Uno entsandte Blauhelme, um das Gemetzel zu stoppen. Aber China verhinderte mit seinem Veto im Sicherheitsrat, dass die Uno-Truppen ein Mandat zum bewaffneten Eingreifen erhielten. Warum? Weil 11 Prozent des von China importierten Erdöls aus der Region kommen.

Was können wir Schweizerinnen und Schweizer tun? Druck auf den Bundesrat ausüben, damit er die Beiträge an das Welternährungsprogramm sofort massiv erhöht. Wenn möglich, selbst Geld spenden. Jeder Franken bedeutet, dass ein Kind einen Tag länger leben kann.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Historiker Hans Ulrich Jost hat die Geschichte der Schweizer Statistik erforscht

# Die offizielle Geissenzählerei ist eine hochpolitische Sache

Statistik, das sind nicht nur leere Zahlenhaufen, sagt Hans Ulrich Jost. Statistik erzähle von Machtverhältnissen und heftigen politischen Kämpfen. Als erster hat Jost ein Grundlagenwerk zur Schweizer Statistik geschrieben.

MARIE-JOSÉE KUHN

**work:** Die Schweiz erfasst statistisch zwar jede Geiss, aber sie hat weder eine brauchbare Sterbestatistik nach Berufen noch eine über Berufskrankheiten. Warum?

**Hans-Ulrich Jost:** Tatsächlich hat man dem statistischen Amt lange Zeit den Vorwurf gemacht, vor allem Geissen, Hasen und Kühe zu zählen und alles andere zu vernachlässigen. Das traf früher auch zu, hatte aber seine Gründe. Vor etwa 150 Jahren sprach der Bund der Landwirtschaft erstmals Subventionen zu. Und weil er dieses Geld zielgerichtet einsetzen wollte, musste er mehr über die



Hans Ulrich Jost.

Landwirtschaft wissen. Deshalb wuchs die Landwirtschaftsstatistik schneller als andere Statistiken. Kommt hinzu, dass der Bauernverband unter seinem König, dem einstigen Direktor Ernst Laur, sehr früh schon eigene Statistiken für seine politischen Interessen einsetzte. Laur bezeichnete Zahlen als Soldaten, die viel besser zuschlagen könnten als alle anderen Argumente. Und so sah sich der Bund denn gezwungen, der privaten und manipulierten Bauernverbandsstatistik eine mehr oder weniger neutrale Landwirtschaftsstatistik entgegenzusetzen.

Das führte dazu, dass das Eidgenössische Statistische Büro im Zweiten Weltkrieg sogar den Kartoffelkäfer zählen liess.

Und auch das hat seinen Grund: Im Zweiten Weltkrieg wollte die Schweiz Selbstversorgerin sein – und da war der Kampf gegen die Kartoffelkäfer, die in kürzester Zeit ganze Kartoffelpflanzungen auffressen können, beinahe existenziell. Der Bund wollte den Kampf gegen den Schädling subventionieren und brauchte deshalb eine zuverlässige statistische Erhebung.

Statistik entstand also aus dem Bedürfnis heraus, Volkswirtschaft zu betreiben?

Ganz am Anfang der Statistik steht die Volkszählung. Der Staat wollte schon im 18. Jahrhundert wissen, wie viele Leute im Land leben und wie viele Männer er für die Armee rekrutieren kann. In der Schweiz wird die Volkszählung mit der Gründung des Bundesstaats dann noch wichtiger, denn jeder Kanton hatte entsprechend seiner Bevölkerungszahl Anspruch auf Sitze im Nationalrat. Ab 1848 gab es deshalb regelmässig eine Volkszählung. Schon bald erhob die Schweiz dann auch Gesundheitsstatistiken. Es entstand das Bedürfnis, die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Realität mit Zahlen abzubilden.

Statistiken sind also spannend? Ja, Statistik, das sind nicht nur leere Zahlenhaufen. Sie sind wie Bilder, die man zusammenstellt. Als würde man mit einer Taschenlampe gewisse Bereiche eines Landes ausleuchten.

Und wieso richtet man diese Taschenlampe nicht auch auf die Sterblichkeit nach Berufen? Und erleuchtet die Tatsache, dass



MÄÄÄÄH: Das Private ist politisch – das gilt auch für den Geissenstall und die Erfassung der Kartoffelkäfer. FOTO: 123RF

**Bauarbeiter viel weniger alt werden als Uni-Professoren?**

Da kommt halt ein perverser Zug der Statistik zum Zuge: Sie kann für politische Zwecke genutzt werden. Und in der Schweiz waren die wirtschaftlichen Kräfte immer stärker als die sozialen. Unternehmer und Bankiers dominierten die Schweizer Politik von Anfang an, und sie wollten keine Sozialstatistiken. Denn die hätten ihren Kritikern, zum Beispiel der Arbeiterbewegung, Argumente geliefert für ihre sozialpolitischen Forderungen. Etwa für die Schaffung einer Krankenversicherung oder einer AHV. Und Kran-

**Unternehmer und Bankiers wollten keine Sozialstatistik, ...**

waren die Unternehmer und ihre politischen Parteien dagegen.

**Das musste auch Arbeiterführer Herman Greulich erfahren, als er den Vorschlag machte, die Kategorie «Arbeitslosigkeit» in die Volkszählung von 1900 einzufügen.**

Ja, ein wunderbares Beispiel! Die bündnerische Kommission lehnte Greulichs Forderung mit der Begründung ab, wenn man eine Arbeitslosenstatistik machen und diese veröffentlichen würde, könnten einige Leute auf falsche Gedanken kommen.

**Die Arbeitgeberverbände bekämpften auch Wirtschaftsstatistiken, etwa über die Schweizer Industrie. Diese sei nicht an «statistischen Röntgenaufnahmen» interessiert, sagten sie. Sie wollten auch keine Transparenz auf dem Arbeitsmarkt?**

Die Industrieunternehmer fürchteten sich vor allem vor der Erfassung und Publikation ihrer Profite und der Löhne, die sie zahlten. Steuerhinterziehung gehörte zum Unternehmeralltag – und da wollte man sich nicht in die Karten schauen lassen. Das hat sich nicht grundsätzlich geändert.

Seit wann gibt es in der Schweiz eine Lohnstatistik?

Seit Ende des 19. Jahrhunderts. Aber sie war sehr rudimentär und kam von den Unternehmern selbst. Es waren also ten-

**... die hätte der Arbeiterbewegung Argumente geliefert für ihre Forderungen, ...**

denziöse Zahlen, mit denen die Patrons zeigen wollten, dass es gar keine offizielle Lohnstatistik brauche. Einer der ersten Direktoren des Bundesamtes für Statistik wurde praktisch aus dem Amt gejagt, weil er es gewagt hatte, darauf hinzuweisen, dass offizielle Lohnstatistiken dringend nötig seien. Die Unternehmer konterten, Lohnstatistiken seien Privatsache und würden die Öffentlichkeit nichts angehen.

**Warum haben wir heute dennoch offizielle Lohnstatistiken?**

Das Bundesamt für Statistik hat sich eigentlich erst in den letzten fünfzig Jahren in der Sozialstatistik wesentlich verbreitert und verbessert. Nicht zuletzt auch, um sich dem Ausland anzugleichen, das da wesentlich weiter war. Zwischen den verschiedenen Departementen kam es allerdings auch immer wieder zu Streitigkeiten darüber, wer eigentlich Sozialstatistik machen dürfe. Das Biga, das heutige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), war unternehmerfreundlich und wehrte sich gegen die Arbeiten des offiziellen statistischen Amtes, weil dieses unabhängiger arbeitete.

**In regelmässigen Abständen schiesst auch die SVP gegen das Bundesamt für Statistik. Seine Arbeit sei zu teuer und unnützlich, argumentiert die Blocher-Partei. Wie verstehen Sie diese Angriffe?**

Dahinter steht die Tatsache, dass das Bundesamt für Statistik in den letzten Jahrzehnten eine Reihe kritischer Sozialstatistiken erhoben und publiziert hat. Zur Einkommensverteilung etwa, zur Asylpolitik, zum Wohnungsmarkt oder zur Arbeitslosigkeit. Das ist es, was der SVP nicht passt. Denn sie setzt ihrerseits Statistik in extrem verfälschter Form ein, um ihre Propaganda zu stützen. Und da ist es ihr natürlich unange-

nehm, wenn ein angesehenes Amt wie das Bundesamt für Statistik da mit guten Zahlen kontert.

**Ihre Geschichte der Statistik der Schweiz ist ein Pionierwerk. Haben Sie beim Forschen etwas entdeckt, was Sie wirklich überrascht hat?**

Ja, in den statistischen Zahlen spiegelt sich die Geschichte der Machtverhältnisse und der politischen Kämpfe um die Deutungshoheit. Ein Beispiel: In den 1880er Jahren fand im Nationalrat eine mehrstündige Debatte über die Geiss statt. Ein Bündner Nationalrat hielt ein feuriges Plädoyer für die Subventionierung der Geisswirtschaft. Auch da ging es vor allem um Statistik. Hinter dieser versteckte sich aber ein sozialer Kampf

**... zum Beispiel für eine AHV.**

für den ärmeren Bevölkerungsteil. Denn die Geiss war damals die Kuh der armen Leute. Der Bündner Politiker wollte also den ärmeren Teil der Bevölkerung unterstützen und nicht die reicheren Kuhbesitzer ...

**Damit wären wir wieder am Anfang und bei den Geissen.**

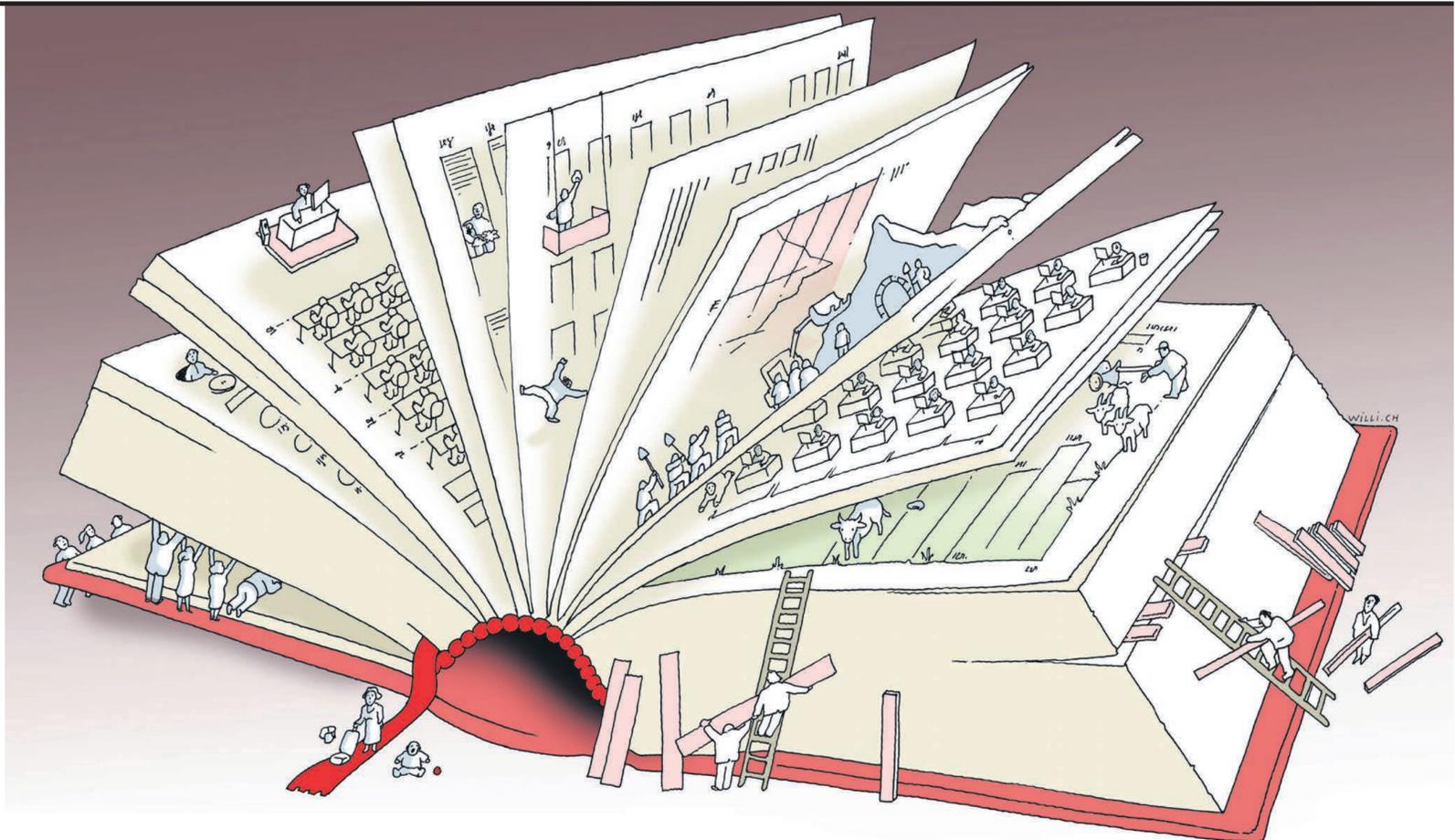
Das schleckt keine Geiss weg!

**Hans Ulrich Jost: Von Zahlen, Politik und Macht**

Der emeritierte Professor für Zeitgeschichte ist einer der pointiertesten linken Historiker der Schweiz. Er ist auch einer der schärfsten Kritiker der SVP und ihrer Mythen-Schweiz. Unlängst ist sein neuestes Buch über die (politische) Geschichte der schweizerischen Statistik herausgekommen.



Hans Ulrich Jost: **Von Zahlen, Politik und Macht. Geschichte der schweizerischen Statistik.** Chronos-Verlag, 2016, 176 Seiten, Fr. 38.–



## Das neue Statistische Jahrbuch zeigt: So arbeitet die Schweiz Chrampfe, putze, büffle!

**Zweieinhalb Kilo, sechshundert Seiten: Das neue Statistische Jahrbuch 2017 bringt Licht ins Dunkel des Arbeitsplatzes Schweiz.**

RALPH HUG

Vor genau 125 Jahren erschien das Jahrbuch zum ersten Mal. Es sollte ein «treues Bild» der Schweiz bieten, so stand es im Vorwort. «Treu» war das Bild zwar nicht, wie Historiker Hans Ulrich Jost im Interview erklärt (siehe links). Aber das Jahrbuch war eine Erregungsschicht der Aufklärer im Kampf gegen die Verdunkler. Die Schweiz sollte durchsichtiger werden, mit unbestechlichen Zahlen.

Soeben ist nun das Jahrbuch 2017 erschienen. Auf 624 Seiten zeigt es Zahlen, Tabellen und Statistiken zu Wirtschaft und Arbeit, Umwelt und Sozialem, Gesundheit und Kultur. Doch Zahlen allein sagen nichts, die Zusammenhänge sind wichtig sowie die Entwicklungen und Trends, die sie spiegeln. In Überblickskapiteln zu den einzelnen Themen sind diese erläutert. Da lohnt sich die Lektüre. Aber auch das Jahrbuch hat noch Lücken. So gibt es zwar eine Statistik der Mietpreise. Aber im Kapitel «Bau- und Wohnungswesen» fehlen jegliche Angaben dazu.

**work hat im Wäizer geblättert. Hier unsere Trouvailles:**

**Wir Dienstleistende**

In den 1960er Jahren arbeiteten noch fast die Hälfte der Erwerbstätigen in

der Industrie. Ende der 1990er Jahre waren es nur noch ein Viertel. Die Königin der Branchen ist heute der Dienstleistungssektor: 75 Prozent aller Beschäftigten arbeiten dort.

**Teilzeit ist weiblich**

Immer mehr Leute arbeiten Teilzeit. Waren es 1970 noch 12 Prozent, sind es heute 36 Prozent der Erwerbstätigen. Vor allem Frauen: 76 Prozent der Teilzeitarbeitenden sind weiblich. Doch der Anteil der Männer nimmt tendenziell zu.

**Als Mutter im Job**

8 von 10 Müttern im Alter von 25 bis 54 Jahren waren 2015 beruflich aktiv. Nur 2 bleiben zu Hause. Mütter, die aus dem Arbeitsmarkt aussteigen, um sich der Familie zu widmen, sind im Schnitt nach fünf Jahren wieder im Beruf tätig.

**Ohne Migration geht nichts**

30 Prozent der Erwerbstätigen haben keinen Schweizer Pass. Ohne sie geht es nicht, die Wirtschaft könnte einpacken. Besonders die Industrie: Mit 39 Prozent haben die Migrantinnen und Migranten hier ein besonderes Gewicht.

**Am liebsten im Kleinbetrieb**

Small is beautiful: 99 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU. Das heisst Betriebe mit weniger als 250 Beschäftigten. Sie dominieren unsere Wirtschaft. Und 90 Prozent dieser KMU sind erst noch Mini-KMU oder,

wie die Statistik es nennt, Mikrounternehmen. Diese zählen weniger als 10 Beschäftigte.

**Mehr Lohn? Von wegen!**

Von 1950 bis 1970 sind die Reallöhne jedes Jahr im Schnitt um 2,6 Prozent gestiegen. Es war Hochkonjunktur. Von 2000 bis 2009 wuchsen die Löhne nur noch um 0,6 Prozent. Wir haben eine Tiefkonjunktur. Und: Im Mittel verdienten die Arbeitnehmenden im Jahr 2014 für eine Vollzeitstelle monatlich rund 6427 Franken.

**Was Kader kassieren**

Zwischen 2008 und 2014 wuchsen die Löhne beim oberen und mittleren Kader um 4,8 Prozent, beim unteren Kader sogar um 8,9 Prozent. Die Topmanager, also die am besten bezahlten 10 Prozent des oberen Kaderns, verdienen monatlich über 19 150 Franken. Am höchsten sind die Abzockerlöhne in der Pharmabranche (42 888 Franken), bei den Banken (41 544 Franken) und den Versicherungen (35 477 Franken).

**Schaffe, schaffe**

Seit 30 Jahren hat sich die betriebliche Arbeitszeit kaum verändert. 1990 lag sie über alle Wirtschaftszweige hinweg noch bei 42,4 Stunden pro Woche. Bis ins Jahr 2015 sank sie nur unwesentlich auf 41,7 Stunden. In keiner Branche liegt die Wochen-Büez unter 41 Stunden.

**Der Lohn der Frau**

In der Privatwirtschaft verdienten die Frauen im Jahr 2012 (neuere Zahlen gibt es nicht) im Schnitt 21,3 Prozent

weniger als die Männer. Von diesen 21,3 Prozent sind fast die Hälfte (40,9 Prozent) nicht durch Faktoren wie Alter, Ausbildung, Berufserfahrung usw. erklärbar. Mit anderen Worten: 8,7 Prozent lassen sich nur durch Diskriminierung erklären. Und dieser Anteil blieb bisher ziemlich stabil.

**Achtung, Seco!**

Für die Arbeitslosigkeit gibt es zwei Statistiken: Jene des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) erfasst nur die eingeschriebenen Arbeitslosen. Jene der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bezieht jedoch alle Erwerbslosen ein. Deshalb liegen die ILO-Zahlen stets eine halbe bis einen ganzen Prozentpunkt über jenen des Seco. Die Arbeitslosigkeit gemäss ILO betrug im Jahr 2016 4,3 Prozent. Die aktuellste Zahl fürs erste Quartal 2017 beträgt 5,3 Prozent.

**Unterschlagnene Streiks**

Die meisten Streiks dauern weniger als einen Tag und sind Warnstreiks. Dennoch zählt die offizielle Streikstatistik nur Arbeitsniederlegungen, die mindestens einen Tag dauern. Auch darum sieht die Schweiz so streikarm aus. Waren es 1990 noch 2 und 2005 5 gantztägige Streiks, so stieg die Zahl seit 2011 auf 7, dann 2013 auf 11 und schliesslich 2015 auf 15.

**Frauen am Herd**

Die unbezahlte Haus- und Familienarbeit erledigen zur Hauptsache die Frauen. Immer noch. Im Jahr 2013 leisteten sie im Schnitt während 27,5 Stunden Hausarbeit, Männer jedoch nur während 17,3 Stunden. Am meis-

ten Zeit verschlingen Kochen mit 6,8 Stunden und Putzen mit 4,4 Stunden pro Woche.

**Produktivität lässt nach**

Die Produktivität der Arbeitnehmenden steigt seit 20 Jahren stetig an. Aber sie hat nach der Finanzkrise nachgelassen. Das Wachstum in Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrug 2005 gegenüber dem Vorjahr noch 3,9 Prozent. 2010 waren es 3 Prozent. Danach sackte das Niveau auf 1,8 Prozent im Jahr 2011, und 2015 waren es noch 0,8 Prozent.

**Einfach sauteurer**

Die Schweiz hat das höchste Preisniveau in Europa. 2015 lag es bei 156 Indexpunkten. Mit 145 beziehungsweise 131 Indexpunkten liegen Norwegen und Dänemark auf dem zweiten und dritten Platz. Alle anderen liegen weit darunter. Nachbar Deutschland hat ein um 52 Punkte tieferes Niveau, und Frankreich und Österreich liegen um 49 Indexpunkte tiefer. Eine neue Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Basel zeigt nun auch, dass die Löhne nicht die Ursache dieser grossen Differenzen sind.

**Die Hügli-Nation**

Die Schweiz bleibt ein Volk von Mieterinnen und Mietern: 62,6 Prozent haben keine vier Wände im Privatbesitz. In der Kategorie «Gebäude mit Wohnung» liegen die landfremdenden Einfamilienhäuser mit 57 Prozent vorn. Das stärkste Wachstum der Hügli fand in den 1970er und 1980er Jahren statt. Heute leben weniger als ein Viertel der Haushalte in einem Einfami-

lienhaus. Die Tatsache, dass die Schweiz die höchsten Mieten in Europa hat, sucht man im Statistischen Jahrbuch leider vergeblich.

**Frauen wollen's wissen**

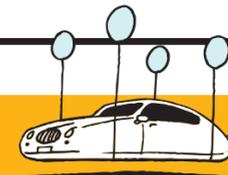
In den letzten Jahrzehnten expandierte die Bildung enorm. Die Abschlüsse in der höheren Berufsbildung nahmen zu, ebenso die Maturitäten und die Zahl der Studierenden. Dabei holten die Frauen stark auf. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine Ausbildung nach der Schule und schliessen sie auch ab. Weiterhin machen Männer aber längere Ausbildungen und sind in der höheren Berufsbildung besser vertreten.

**Patente Schweiz**

Mit 148 Patentfamilien pro Million Einwohnerinnen und Einwohner hat die Schweiz am meisten Patente angemeldet. Sie ist das aktivste Land der OECD vor Japan. Patente sind ein Gradmesser für den Output des Wissenschafts- und Technologiesystems. Von Patentfamilien spricht man deshalb, weil nur solche Patente etwas nützen, die bei den Patentämtern in Europa, Japan und den USA registriert sind. Die also eine Familie bilden.

**Hallo Draufgänger!**

Fast 266 000 Personen verunfallten im Jahr 2015. Diese Zahl ist einigermaßen stabil. Die Mehrzahl aller Unfälle passieren in der Freizeit und im Haushalt und nicht im Beruf. Besonders häufig ereignen sich Unfälle im Sport. Männer gehen grössere Risiken ein als Frauen: Sie erleiden doppelt so viele Unfälle.



# Diesel-Fahrzeuge: Entweder sofort umrüsten oder stilllegen!

**Für 2000 Franken kann man aus einem dreckigen Dieselauto einen Schlitten machen, der selbst die Abgasnorm Euro 6 deutlich unterschreitet. Das beweist das Nachrüstprodukt der Firma Twintec. Wenn die Autoindustrie die Umrüstung bezahlen muss, werden die Kosten weiter sinken.**

Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer verbrennen beim Autofahren Diesel statt Benzin. 1990 waren es nur drei von hundert. Dieses Jahr dürften es knapp 30 Prozent sein. Rund 1,3 Millionen Autos und 3,5-Tönnen in der Schweiz sind Diesler.

Dieselfahrzeuge sind Schmutzschleudern, Lastwagen neu ausgenommen. Auch weil die Autokonzerne die Käuferinnen und Käufer sowie die Umwelt bisher betrogen haben wie gut organisierte Verbrechersyndikate. Sie programmierten die Autoelektronik so, dass die vorgeschriebenen Umweltwerte nur im Rahmen der zudem unrealistischen Testzyklen eingehalten wurden.

Volkswagen muss in den USA bluten und wird in Europa geschont. Die bösen Amerikaner kombinieren Schutz der eigenen Marken mit dem Schutz der Umwelt. Während in Europa und in der Schweiz Stink-Diesel trotz mutigen Staatsanwälten noch politischen Schutz geniessen.

**FAHRVERBOT.** Schneller, als wir alle denken, werden die Diesel vom Markt verschwinden. So will Volvo gar nicht

mehr in Dieselmotoren investieren. Und der VCS fordert zu Recht ein Verbot aller Dieselfahrzeuge, weil die Zukunft den Elektroautos gehöre. SP-Nationalrätin Evi Allemann will in der Sommersession für weitere Bewegung sorgen.

Städte wie Stuttgart erlassen Fahrverbote für Dieselaautos, die die Abgasnorm Euro 6 nicht erfüllen. Andere Städte folgen. Gefordert wäre in der Schweiz der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements von Zürich, Filippo Leutenegger, der in jungen Jahren gegen Atomkraftwerke demonstrierte. Und sich zurzeit mit anderen Abfallproblemen beschäftigt. Unter anderem mit einem 130 000 Franken teuren dieselpetriebenen Dienstfahrzeug.

**UMRÜSTUNGSKOSTEN.** Die rund 1,2 Millionen Dieselaautos auf Schweizer Strassen können wir nicht von einem Tag auf den anderen wegblasen. Bisher weigert sich die Autoindustrie, die bestehenden Fahrzeuge umzurüsten. Sie wollen nur etwas an der Elektronik herumbasteln. Das kostet wenig und bringt wenig.

Anders das Nachrüstprodukt der Firma Twintec. Der Prototyp beweist: Für 2000 Franken kann man aus einem dreckigen Dieselauto einen Schlitten machen, der selbst die Abgasnorm Euro 6 deutlich unterschreitet.

Getestet hat dies der mehr als pingelige und erst noch unverdächtige deutsche Automobilclub ADAC. Und die deutsche SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks fordert von der Autoindustrie, dass sie auf ihre Kosten alle bestehenden Dieselfahrzeuge



**DRECKIG: Aus den Dieselauspuffen raucht viel mehr Gift, als die Autobauer versprechen. Sie haben die Elektronik systematisch manipuliert.** FOTO: KEYSTONE

hardwareseitig umrüste. Wenn die Autoindustrie die Umrüstung bezahlen muss, werden die Kosten weiter sinken. Realistisch sind für die Schweiz Umrüstungskosten von 1 bis 1,5 Milliarden Franken. Ein Klacks, verglichen mit den 70 Milliarden Franken, die wir jedes Jahr für die Mobilität ausgeben.

**Wie bringt man Bewegung ins Spiel? Politische Phantasie ist gefordert. Erste Anregungen:**

● Die rot-grünen Städte erlassen ein Fahrverbot für nicht umgerüstete Dieselfahrzeuge.

● Die Jusos und die jungen Grünen versehen bei Nacht und Nebel alle nicht umgerüsteten Stink-Diesel mit einer Plakette: «Ich bin ein Stinki-Diesel.»

● Eine Durchsetzungsinitiative fordert, dass rückwirkend ab 2016 alle Dieselfahrzeuge, die nicht umgerüstet wurden, mit einer Strafsteuer von 500 Franken pro Jahr belastet werden, auf Kosten der Importeure.

Deutschland legt 2022 alle Atomkraftwerke still. Die Schweiz am Sankt-Nimmerleins-Tag. Es darf uns bei der Nachrüstung der Dieselfahrzeuge nicht gleich ergehen.

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/wiso](http://rebrand.ly/wiso) Die ZDF-Sendung «Wiso» zeigt auf, wie man einen Euro-5-Passat so umrüstet, dass er 80 bis 90 Prozent weniger Schadstoffe in die Luft bläst. Bei einem treibstoffseitig geringen Mehrverbrauch von 5%.

● [rebrand.ly/autozeitung](http://rebrand.ly/autozeitung) Die deutsche «Autozeitung» zeigt auf, wie der Nachrüstsatz der Firma Twintec funktioniert.

● [baumot.twintecbaumot.de](http://baumot.twintecbaumot.de) Dieses Unternehmen zeigt der Autoindustrie, wie man bestehende Dieselfahrzeuge problemlos umrüsten kann. Twintec rüstet auch Baumaschinen mit Partikelfiltern aus und um. Damit die Lungen der Bauarbeiter geschont werden.

● [rebrand.ly/gueltigkeit](http://rebrand.ly/gueltigkeit) Sind rückwirkende Bestimmungen bei Volksinitiativen möglich? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Lektüre für Erbsenzähler.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERATE

Die Unia ist mit rund 200 000 Mitgliedern die grösste Gewerkschaft der Schweiz. Unser Ziel ist es, mit klarem Profil politische und vertragspolitische Arbeit zu leisten. Wir entwickeln Projekte und betreiben Grundlagenarbeit in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Vertragspolitik und -koordination, Berufsbildung und berufliche Weiterbildung, Migrations-, Jugend- und Gleichstellungspolitik.

Für die Abteilung Vertrags- und Interessengruppenpolitik suchen wir per 1. Juli 2017 oder nach Vereinbarung eine fachlich und menschlich überzeugende Persönlichkeit als

## Sachbearbeiter/-in, 80%

### Ihr Aufgabenbereich

- Organisation von Anlässen und Konferenzen
- Protokollführung und allgemeine Sekretariatsarbeiten
- Administrative und organisatorische Mitarbeit bei Kampagnen und Aktionen
- Mitarbeit bei der Budgeterstellung und -kontrolle
- Mitarbeit in Projekten im Bereich unserer Interessengruppen Frauen, Migration und Jugend
- Schreiben und Redigieren von (politischen) Texten

### Ihr Profil

- kaufmännische oder gleichwertige Ausbildung
- Interesse an gewerkschaftlichen und sozialen Fragen
- Erfahrung in Projektarbeit, buchhalterische Grundkenntnisse
- ausgezeichnetes Deutsch, sehr gute Kenntnisse der französischen Sprache in Wort und Schrift; Italienischkenntnisse sowie Kenntnisse in Spanisch oder einer anderen Migrationssprache von Vorteil
- fundierte Kenntnisse der Office-Programme (Word, Excel, Outlook)

### Unser Angebot

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde sowie abwechslungsreiche Tätigkeit in einem vielschichtigen und sinnstiftenden Umfeld, fortschrittliche Anstellungsbedingungen sowie einen attraktiven Arbeitsplatz in der Stadt Bern.

### Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Frau Corinne Schärer, Tel. 031 350 23 29 oder 079 219 94 20, erteilt Ihnen gerne weitere Auskünfte. Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bis am **15. Juni 2017** an: [bewerbung.be@unia.ch](mailto:bewerbung.be@unia.ch).

Unia Zentralsekretariat  
Personalmanagement  
Weltpoststrasse 20  
3000 Bern 15



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

Die Unia ist eine dynamische und erfolgreiche Gewerkschaft und betreibt eine aktive Jugendpolitik.

Zur Ergänzung unserer Abteilung Vertrags- und Interessengruppenpolitik suchen wir in Bern ab sofort oder nach Vereinbarung eine/-n



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

## Jugendsekretär/-in, 70%

### Deine Aufgaben

- Unterstützung der Sektionen in Jugendfragen und Aufbau von Jugendgruppen
- Koordination, Betreuung und Organisation von Jugendkampagnen, -projekten und -kursen sowie Kampagnen in Zusammenhang mit Gesamtarbeitsverträgen
- Betreuung der Jugendkommission der Unia
- Planung und Produktion von jugendgerechten Publikationen
- Vertretung der Unia-Jugend innerhalb der Unia sowie in nationalen Dachorganisationen und Gremien (SGB, SAJV)
- Zusammenarbeit mit einzelnen Verbänden und internationale Zusammenarbeit

### Du solltest für diese Aufgabe

- vielseitig interessiert und kommunikativ sowie zwischen 22 und 30 Jahre alt sein
- Erfahrung in der (politischen) Jugendarbeit und/oder Gewerkschaftsarbeit haben
- belastbar sowie teamfähig sein und Dich nicht vor unregelmässigen Arbeitszeiten (auch am Sa/So und an Abenden) scheuen
- Deutsch- oder Französischkenntnisse mit guten mündlichen und schriftlichen Kenntnissen der anderen Sprache mitbringen (Italienisch von Vorteil)

### Unser Angebot

Wir bieten Dir eine herausfordernde sowie abwechslungsreiche Tätigkeit in einem vielschichtigen und sinnstiftenden Umfeld, fortschrittliche Anstellungsbedingungen sowie einen attraktiven Arbeitsplatz in der Stadt Bern.

### Interessiert?

Gerne erteilt Dir Corinne Schärer, Tel. 079 219 94 20, weitere Auskünfte. Wir freuen uns auf Deine kompletten Bewerbungsunterlagen bis am **15. Juni 2017** an: [bewerbung.be@unia.ch](mailto:bewerbung.be@unia.ch).

Die Unia ist bestrebt, den Frauenanteil zu erhöhen. Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt angestellt.

Unia Zentralsekretariat  
Personalmanagement  
Weltpoststrasse 20  
3000 Bern 15

Währungsfonds IWF rügt deutsche Politik. Wegen der vielen Armen.

# Deutschland: Jedes fünfte Kind ist schlecht ernährt

**Dort, wo der Kapitalismus am schönsten blüht, geht es immer mehr Menschen immer schlechter. Zum Beispiel im Wunderland Deutschland.**

OLIVER FAHRNI

Da wird an einem Mythos gekratzt. Deutschland, die Wirtschafts-Supermacht und Einpeitscherin Europas, bekommt vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eine gelbe Karte: Ungleichheit und Armut in Deutschland verlangten «die ungebrochene Aufmerksamkeit» der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, schrieb der IWF am 15. Mai. Nun müssten die Löhne schnell steigen. Und es sei Zeit, die Vermögenssteuern zu erhöhen.

Wie bitte? Ausgerechnet der IWF, der überall massive Steuersenkungen, Lohndrückerei und Sozialabbau durchsetzte, will höhere Löhne und mehr Steuern? Die Erklärung für die Spitzkehr liegt in einem scheinbaren Widerspruch, der auch hartgesottene Neoliberale versichert. Deutschlands Wirtschaft wächst kräftig. Kein Land der Welt macht mehr Überschüsse im Export. Die Arbeitslosenrate ist rekordtief. Alle Indikatoren stehen auf Grün. Alle Indikatoren? Nein: Im Wirtschaftswunderland nehmen Armut und Ungleichheit bedrohlich zu.

## WACHSENDE UNGLEICHHEIT

In Berlin und in den Städten des de-industrialisierten Ruhrgebiets leben jede und jeder vierte unter der Armutsgrenze. 12,9 Millionen haben nicht genug zum Leben. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist schlecht ernährt oder medizinisch unterversorgt. Die Altersarmut steigt rasch. Also sinkt die Lebenserwartung. Diese Befunde stehen im Armutsbericht der deutschen Sozialverbände vom Februar 2017. Was die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung so kommentiert: «Der Aufschwung kommt offensichtlich nicht bei allen an.»

Jetzt wirft die EU-Kommission der deutschen Regierung im Länder-



**HARTES BROT:** Im Wirtschaftswunderland Deutschland nimmt die Armut bedrohlich zu, auch bei Kindern. FOTO: KEY/LAIF/ANDRÉ ZELCK

bericht vom April 2017 schweres Versagen vor: «Die deutsche Politik hat in hohem Masse zur Vergrösserung der Armut beigetragen.» Armut ist in der reichen Welt das Ergebnis der wachsenden Ungleichheit, der Umverteilung von unten nach oben. Der IWF, die EU, die Europäische Zentralbank, sogar die OECD, die Organisation der reichen Länder, prangern die eklatante Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland an.

Sie müssen es wissen. Schliesslich haben sie die Ungleichheit ja or-

## «Der Aufschwung kommt nicht bei allen an.»

HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

ganisiert. Seit etwa einem Jahrzehnt beschwören die Konzernherren und Weltenlenker am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos beim Apéro die Gefahr eines sozialen Aufstandes. Zum Hauptgang werden dann wieder Geschäfte gemacht. Doch 2017 war et-

was anders: In der Führungsmacht USA hatte plötzlich Donald Trump die Macht übernommen. Und Grossbritannien beschloss den Brexit. Gute Wirtschaftsindikatoren sind keine Garantie mehr für stabile Verhältnisse.

## ES IST DER KAPITALISMUS

Da verfiel die Weltelite am WEF in eine Art Kapitalismuskritik. Sie warnte vor den Risiken der eigenen Politik. Ungleichheit, schrieben sie, sei das «grösste Risiko für Wachstum». Scheinbar irritiert nahmen sie zur Kenntnis, dass inzwischen acht superreiche Männer das halbe Weltvermögen kontrollieren. In einem WEF-Report zu den globalen Risiken folgerten sie, dass man die Menschen besser «einschliessen» als ausschliessen sollte.

Nur: Die Konzentration der Vermögen und die wachsende Ungleichheit sind innere Gesetze des Kapitalismus. Konzerne boomen, weil sie den Arbeitenden gerechten Lohn und sozialen Schutz vorenthalten. Gerade in Deutschland: Fast die Hälfte der Ar-

men arbeiten zu 100 Prozent. Das ist die Folge der Deregulierung des Arbeitsmarktes, die der damalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem VW-Personalchef Peter Hartz nach 2002 durchgesetzt hatte. Knapp gefasst: Mit staatlich verordnetem Lohn- und Sozialdumping brachten sich deutsche Konzerne weltweit in Führungspositionen. Viele Länder mussten nachziehen – darum steigt die Armut heute im ganzen EU-Raum.

Das weiss auch der IWF. Dennoch will er nicht beim Grundübel, der Aushöhlung des Arbeits- und Sozialschutzes, ansetzen. In seinem Deutschland-Bericht steht: «Die Massnahmen gegen die Armut sollten frühere Arbeitsmarktreflexionen nicht tangieren.»

- Der IWF-Bericht (englisch): [rebrand.ly/iwf-report](http://rebrand.ly/iwf-report)
- Der EU-Länderbericht Deutschland (deutsch): [rebrand.ly/laenderbericht](http://rebrand.ly/laenderbericht)
- Oxfam über die Ungleichheitsfalle: [rebrand.ly/oxfam](http://rebrand.ly/oxfam)
- Der WEF-Report (englisch): [rebrand.ly/wef-report](http://rebrand.ly/wef-report)

## Ausstellung in Bern Kunst macht Revolution

Lenin schrieb mit der russischen Oktoberrevolution 1917 Weltgeschichte. Die revolutionäre Umwälzung fand aber auch in der Kunst statt. Malewitsch, Rodtschenko und Lissitzky schufen vielbewunderte, avantgardistische Werke und legten damit den Grundstein für die abstrakte Kunst des 20. Jahrhunderts. Unter Stalin war es dann vorbei mit Experimenten. Es galt die Doktrin des so-



**A. Samochwalow: Textilfabrik, 1929.**

zialistischen Realismus. Aber auch dieser hatte weitreichende Auswirkungen bis in die Gegenwart. Dies zeigt die grosse Doppelausstellung im Berner Kunstmuseum sowie im Zentrum Paul Klee mit dem schön paradoxen Titel «Die Revolution ist tot. Lang lebe die Revolution!».

**Russische Revolutionskunst** im Kunstmuseum Bern, **Sozialistischer Realismus** im Zentrum Paul Klee in Bern. Bis 9. Juli. Alle Infos auf: [www.lang-lebe-die-revolution.ch](http://www.lang-lebe-die-revolution.ch).

## Schuhproduktion in Europa Was alles falschlüft

Akkordarbeit, giftige Gerbstoffe, miese Löhne: das sind die Merkmale des Milliardenengeschäfts mit Schuhen in Europa. Die Wegwerfmethode («Fast Fashion») hat längst auch dieses Business erreicht. Public Eye (ehemals Erklärung von Bern) hat in Recherchen auf gravierende Missstände aufmerksam gemacht. Jetzt doppelt die Entwicklungsorganisation mit einem Spezial-Onlinemagazin «The Shoe Creator» nach. Es zeigt das Leben von Schuhaarbeiterinnen, den Alltag eines Ledergerbers in Süd- und Osteuropa. Und sagt, was wir tun können, um die Misere mit Schuhen zu beheben. Bei einem Wettbewerb winkt als Preis ein massgeschneiderter Schuh.

**The Shoe Creator.** Onlinemagazin von Public Eye, auf [schuhe.publiceye.ch](http://schuhe.publiceye.ch).

## Movendo-Kurs Die Schweiz streikt

1918 fand der bisher erste und einzige Landesstreik der Schweiz statt. Er dauerte vom 11. bis zum 14. November und brachte grosse soziale Forderungen wie etwa die AHV oder das Frauenstimmrecht aufs Tapet. Das epochale Ereignis war jedoch nicht der einzige Streik. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es zahlreiche Streikbewegungen. Was sagt uns diese Streikgeschichte? Welche Kämpfe waren erfolgreich? Und welche Aktualität haben Streiks heute? Solche Fragen kommen im Kurs «Streikbewegungen in der Schweiz – einst und jetzt» mit Christian Koller und Adrian Zimmermann zur Sprache, organisiert von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften.

Ganztägiger Kurs am 21. Juni mit Prof. Christian Koller (Direktor Schweizerisches Sozialarchiv), Adrian Zimmermann (Historiker) und Christine Goll (Movendo). [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch).

## work 1 x 1 der wirtschaft

David Gallusser



## LOHN: FIRMEN KÖNNEN FRAUEN BESSER UNTER DRUCK SETZEN

Frauen verdienen noch immer durchschnittlich 19,5 Prozent weniger als Männer. Eine gewichtige Ursache für die Lohnunterschiede ist die Verhandlungsmacht der Arbeitgeber gegenüber Frauen, also die Art und Weise, wie sie ihnen gegenüber auftreten können. Sie ist grösser als gegenüber Männern und erlaubt den Firmen, die Frauenlöhne stärker zu drücken – und so höhere Gewinne zu erzielen. Ein Mass für die Verhandlungsmacht ist die Anzahl der Beschäftigten, die ihrem Arbeitgeber bei einer Lohnsenkung den Rücken kehren. Wechselt kaum eine Arbeitnehmerin die Stelle, kann der Arbeitgeber eher mit dem Personal umspringen, wie es ihm gefällt. In unterschiedlichen Ländern wird beobachtet, dass Frauen weniger schnell wechseln. Zum Beispiel in Deutschland (vgl. Grafik). Dort erklärt die damit einhergehende grössere Macht der Firmen einen Drittel der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Für die Schweiz liegen leider keine Zahlen vor. Aber auch bei uns profitieren Arbeitgeber von den Bedingungen, die erlauben, Löhne von Arbeitnehmerinnen stärker zu drücken. So leisten auch in der Schweiz Frauen viel mehr Erziehungs- und Hausarbeit als Männer. Sie sind deshalb stärker auf flexiblere Arbeitszeiten und Stellen in der Nähe des Wohnortes angewiesen. Darüber hinaus werden Männer bei der Einstellung von einzelnen Arbeitgebern wegen Vorurteilen gegenüber Frauen bevorzugt. Das alles zwingt Frauen, Abstriche bei den Löhnen zu machen. Hinzu kommt: Fordernde Frauen gelten als «unweiblich» und werden oft abgestraft. Deshalb können Frauen in individuellen Lohnverhandlungen weniger rausholen.

**ROLLENBILDER.** Ein erfolgreicher Kampf für Lohngleichheit muss bei der Verhandlungsmacht der Frauen ansetzen. Das heisst vor allem, dass sich Frauen noch stärker als heute in

### Die Chefs haben gegenüber Frauen mehr Macht

So viele Frauen und Männer kündigen, wenn ihr Arbeitgeber den Lohn um 1 Prozent kürzt.



von 1000 Frauen



von 1000 Männern

Zahlen für Deutschland, Anfang der 2000er Jahre

QUELLE: HIRSCH, SCHANK UND SCHNABEL (2010, JOURNAL OF LABOR ECONOMICS)

Gewerkschaften organisieren sollten. Es muss aber auch einfacher werden, Familie und Beruf zu kombinieren. Dafür braucht es mehr und vor allem erschwinglichere Kindertagesstätten. Schliesslich kommen wir nicht umhin, unsere Rollenbilder zu überdenken:

Männer müssen mehr Familienarbeit übernehmen, geschlechtergetrennte Berufe der Vergangenheit angehören, fordernde Frauen genau gleich akzeptiert werden wie fordernde Männer.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.



Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

### Ferien: Wann verfallen sie?

In meinem Arbeitsvertrag steht, dass ich meine Ferien grundsätzlich während des laufenden Kalenderjahres beziehen müsse, spätestens jedoch bis Ende März des darauffolgenden Jahres. Verfallen sie, wenn ich sie bis dahin nicht bezogen habe?

MYRIAM MUFF: Nein. Eine vertragliche Regelung, wonach Ferienansprüche verfallen, wenn Sie sie nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt des Folgejahres beziehen, ist rechtlich unzulässig und damit unwirksam. Der Ferienanspruch verjährt erst nach 5 Jahren. Dies gilt nicht erst nach Ende des Arbeitsverhältnisses, sondern für jedes Dienstjahr beziehungsweise, sofern vereinbart, Kalenderjahr getrennt. Grundsätzlich ist es so, dass ein Arbeitgeber die Ferien «in der Regel» im Verlauf des betreffenden Dienstjahres gewähren muss, so steht es im Obligationenrecht. Es ist der Arbeitgeber, der den Zeitpunkt der Ferien bestimmt, auch wenn er auf die Wünsche der Arbeitnehmenden so weit wie möglich eingehen sollte. Es liegt also gar nicht in der Kompetenz der Angestellten, Ferien eigenmächtig zu beziehen. Gemäss Gesetz ist es als Ausnahme von der Regel zwar erlaubt, zumindest einen Teil der Ferien im darauffolgenden Dienstjahr zu gewähren. Allerdings sollte das wirklich eine Ausnahme bleiben, da die Ferien ihre Funktion nur erfüllen können, wenn das Auftanken, die Erholung und Entspannung tatsächlich und regelmässig, also möglichst Jahr für Jahr, stattfinden.

### Arbeitszeit: Wie muss meine Firma die Überzeitstunden korrekt erfassen?

Normalerweise arbeiten wir in unserem Betrieb 41 Stunden pro Woche (normale wöchentliche Arbeitszeit), so steht es im Arbeitsvertrag. Ausserdem gibt es eine «wöchentliche Höchst-arbeitszeit». Die liegt bei 45 Stunden pro Woche. Es kommt vor, dass wir manchmal 43 Stunden, manchmal (wenn auch selten) sogar 48 Stunden arbeiten müssen. Das stört mich eigentlich nicht. Was mich aber komisch dünkt: In der Arbeitszeiterfassung werden alle gearbeiteten Stunden unter dem Begriff «Mehrstunden» aufgeführt, also quasi in einen Topf geworfen. Ist das rechtlich korrekt?

MYRIAM MUFF: Nein. Denn es gibt einen rechtlichen Unterschied zwischen sogenannten Überstunden und Überzeitstunden. Und zwar folgenden: Wenn die gesetzliche wöchentliche Höchst-arbeitszeit (in Ihrem Fall 45 Stunden) überschritten wird, spricht man von Überzeitstunden. Wenn Sie also in einer Woche 48 Stunden arbeiten mussten, sind das drei Überzeitstunden. Solche Überzeitstunden sind nur in bestimmten Ausnahmesituationen zulässig und zudem der Anzahl nach beschränkt (nicht mehr als 2 Stunden pro Tag und nicht mehr als 170 Stunden pro Jahr), sagt das Arbeitsgesetz. Wenn Sie in einer Woche jedoch zwar mehr als die vertraglich vereinbarte Normalarbeitszeit von 41 Stunden, aber weniger als 45 Stunden arbeiten, spricht man von Überstunden. Die sind im Obligationenrecht (OR) geregelt. Überstunden und Überzeitstunden sind rechtlich also nicht dasselbe. Deshalb müssen sie in der Arbeitszeiterfassung separat ausgewiesen werden: Gemäss dem Arbeitsgesetz (Art. 46 ArG) und seiner Verordnung 1 dazu (Art. 73 Abs. 1 lit. c ArGV 1) muss der Arbeitgeber die geleistete (tägliche und wöchentliche) Arbeitszeit inklusive Ausgleichs- und Überzeitarbeit aufzeichnen wie auch die Zeiten, in denen gearbeitet wurde.

# Kinderhüten in der Westschweiz, Praktikum im Altersheim, Umweltschutz Die Karrierepause für mehr

Wer ein Zwischenjahr macht, liegt nicht einfach auf der faulen Haut. Sondern kann sich fit machen fürs Berufsleben.

SINA BÜHLER

Ob nach der Schule, nach dem Lehrabschluss oder mit der Matura im Sack, ob vor, während oder nach dem Studium: viele Jugendliche träumen von einem Zwischenjahr. Oder zumindest von einigen Zwischenmonaten. Von einer letzten Pause, bevor der Ernst des Lebens beginnt. Denn wenn der grosse Prüfungsstress vorbei ist, kommt eine Abwechslung gerade richtig.

Das muss nicht eine Weltreise sein, die für junge Menschen frisch aus der Ausbildung sowieso schwierig zu finanzieren ist. Diese Zeit lässt sich auch anders sinnvoll nutzen, sei es im Ausland oder in der Schweiz. Mit einem Zwischenjahr können Sie Ihre eigenen Kompetenzen verbessern. Oder Gutes tun. So gross wie die Zahl der Ideen und Motivationen ist auch die Auswahl an Angeboten.

#### AU-PAIR

Die lateinischen Landesteile sind so nah und bleiben vielen doch so fremd. Warum also verbringen Sie nicht ein Jahr in der Westschweiz oder im Tessin, zum Beispiel als Au-pair? Sie leben ein halbes oder ein ganzes Jahr lang in einer Westschweizer oder Tessiner Gastfamilie und lernen so die Sprache kennen und die manchmal doch sehr unterschiedliche Kultur.

Das Angebot gibt es für junge Frauen und Männer zwischen 18 und 30 Jahren. Sie helfen der Familie bei der Kinderbetreuung und im Haushalt und erhalten im Gegenzug Kost, Logis und ein Taschengeld. Es gibt inzwischen unzählige Organisationen, die solche Au-pair-Aufenthalte vermitteln. Die vermutlich älteste ist die «Pro Filia».

Wer lieber Englisch als Französisch oder Italienisch lernen möchte, kann als Au-pair ins Ausland. Auch hier ist das Angebot riesig – das Internet hilft bei der Suche. Bevor Sie einen Vertrag unterschreiben, denken Sie daran: Au-pairs sind keine Putzhilfen oder Nannies. Sie unterstützen die

Gastfamilie etwa 30 Stunden in der Woche, haben aber auch Anspruch auf einen Sprachkurs, ein Taschengeld (in der Schweiz zwischen 500 und 750 Franken im Monat), auf Freitage und freie Wochenenden.

#### PRAKTIKUM

Wer Pflege oder Betreuung an einer Fachhochschule studieren will, muss oft Zusatzqualifikationen vorweisen können: Erfahrung in der Praxis zum Beispiel, in einem Heim, einem Spital oder einer Krippe. Je nachdem, was Sie bisher für Ausbildungen gemacht haben, dauern diese Praktika zwischen 2 und 12 Monate. Sie können auch in verschiedenen Institutionen nacheinander absolviert werden. Aber Achtung: Gehen Sie

#### Die Au-pairs sind keine Putzhilfen und auch keine Nannies.

nie auf ein unbezahltes Praktikum ein. Praktikantinnen und Praktikanten erbringen eine Arbeitsleistung, die einen Lohn verdient. Und: Länger als 12 Monate sollten die Einsätze nicht dauern. Oft hilft die künftige Schule mit Tipps und Stellenvermittlung. Wenn Ihnen ein unbezahltes Praktikum angeboten wird, sollten Sie sofort die Unia-Jugendsekretärin informieren: [jugend@unia.ch](mailto:jugend@unia.ch).

#### SPRACHAUFENTHALT

Wer etwas Geld zur Seite gelegt hat, kann sich voll aufs Lernen konzentrieren, sei es für ein ganzes Jahr oder für mehrere Monate. Ein Sprachaufenthalt in den anderen Landesteilen oder im Ausland ist die beste und effizienteste Art, eine Fremdsprache zu lernen. Und: Es muss nicht immer Englisch oder Französisch sein. Unzählige Organisationen vermitteln solche Reisen, zum Beispiel auch in arabische Länder.

Sie können aber auch auf eigene Faust irgendwo hinreisen und dort ein «Tandem» mit jeman-



#### WORKTIPP

#### DER DACHVERBAND

Intermundo ist der Schweizer Dachverband für Jugendaustausch. Hier gibt es Infos und Tipps über Einsätze, Austausche und Organisationen: [www.intermundo.ch](http://www.intermundo.ch).

#### ORALE BILDUNG: Au-pairs lernen nicht bloss,

Französisch heisst es DELF oder DALF, für Spanisch DELE und Italienisch CELI oder TELC. Die Prüfungen können Sie auch später in der Schweiz machen.

#### ZIVILDIENTST

Junge Schweizer Männer müssen nach der Lehre oder der Matura in die Rekrutenschule. Wer das aus Gewissensgründen nicht will, kann seit 20 Jahren Zivildienst leisten. Dieser dauert zwar eineinhalb Mal so lange wie der ganze Wehrdienst, die Zivis tragen aber weder Armeeuniform noch Waffe, sie

dem bilden, der Ihre Muttersprache lernen möchte. Dabei unterhält man sich je eine halbe oder eine ganze Stunde abwechselnd in einer der beiden Sprachen. Doch Vorsicht: Will man die Sprachkenntnisse bei der späteren Jobsuche belegen können, empfiehlt es sich, eine der Standardprüfungen abzulegen. Für Englisch ist es das Cambridge Certificate, für



AUTOMATISCH VERFOLGT: Gewalt in Beziehungen ist seit 2004 ein Officialdelikt. FOTO: 123RF

# Wenn das eigene Zuhause zum Tatort wird: Wer prügelt, kommt nicht

Häusliche Gewalt findet meist hinter verschlossenen Türen statt. Umso wichtiger sind die Beratungs- und Anlaufstellen für Opfer.

SINA BÜHLER

Es ist unglaublich: Noch vor 25 Jahren wurden in der Schweiz Ehemänner, die ihre Frauen vergewaltigten, nicht bestraft. Denn erst seit 1992 gelten Vergewaltigungen, die in einer Ehe stattfinden, überhaupt als Verbrechen. Und auch danach mussten die Opfer Anzeige erstatten, damit die Täter bestraft werden konnten. Unter Druck zogen sie die Anzeigen oft zurück.

OFFIZIALDELIKT. Seit 2004 ist das zum Glück anders: Heute müs-

sen die Behörden die Täter von sich aus verfolgen, wenn sie von einer Vergewaltigung erfahren. Das Gesetz gilt für heterosexuelle genauso wie für homosexuelle Paare, für Ehen, für Konkubinate, für Paare wie für Kinder, Geschwister und andere Verwandte. Und: Dieser Gesetzesartikel gilt selbst dann, wenn Täter und Opfer nicht zusammenleben oder bis zu einem Jahr nach der Scheidung.

Auch Körperverletzung, wiederholte Tötlichkeiten, Drohungen und sexuelle Nötigung in Partnerschaften fallen unter dieses Prinzip, sie alle sind sogenannte Officialdelikte.

Und trotzdem: 2016 kam es zu fast 18000 Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt, das zeigt die Kriminalstatistik. Weil sich häusliche Gewalt im

Verborgenen abspielt, ist die Dunkelziffer vermutlich viel höher. So können Sie reagieren, wenn Sie Opfer häuslicher Gewalt sind:

● Die erste Anlaufstelle bei Gewalt oder Drohungen ist die

#### Die Polizei kann Gewalttätige aus der Wohnung verweisen.

Polizei (Telefonnummer 117). Diese kann den Täter oder die Täterin sofort aus der gemeinsamen Wohnung wegschicken oder sogar festnehmen.

● Wenn Sie keinesfalls in Ihrer Wohnung bleiben wollen, dann finden Sie unter [www.frauenhaus-schweiz.ch](http://www.frauenhaus-schweiz.ch) die Telefonnummern der verschiedenen Frauenhäuser. Es gibt auch

in Nepal:

# Karrierechancen



Babylaute zu interpretieren, sondern eine zusätzliche Landessprache. FOTO: PD

## VOLUNTOURISMUS GUTES TUN IM AUSLAND

Der zunehmende «Voluntourismus», also die Kombination von Freiwilligeneinsätzen und Tourismus, hat auch seine Schattenseiten. So sind beispielsweise Kurzeinsätze in Waisenhäusern ein grosses Problem: Die Kinder, die immer wieder neue Beziehungen zu den Freiwilligen aufbauen, werden jedes Mal traumatisiert, wenn die Betreuer und Betreuerinnen wieder abreisen.

**GEZIELT.** Deswegen hat der Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung (Akte) aus Basel zusammen mit drei weiteren Hilfswerken ein Positionspapier erstellt. Die Organisationen fordern von den Anbietern dieser Einsätze, dass sie die Freiwilligen gezielt auswählen, nur längere Einsätze anbieten sowie Nachhaltigkeit und Kinderschutz beachten. Es lohnt sich auch für die Freiwilligen, das Papier zu lesen. So können sie ihre Wahl besser treffen: [rebrand.ly/voluntourismus](http://rebrand.ly/voluntourismus).

können oft zu Hause wohnen und ihren Einsatzbetrieb selber wählen, zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Umweltschutz oder in der Pflege. Alle Informationen zum Zivildienst gibt es unter [www.zivi.admin.ch](http://www.zivi.admin.ch).

### FREIWILLIGENJAHR

Englisch unterrichten in China? Umweltschutz in Nepal? Friedensförderung im Mexiko? Für einen Freiwilligeneinsatz im Ausland sind die Möglichkeiten fast unendlich. Verschiedene Organisationen kümmern sich um die Vermitt-

lung solcher Einsätze, kümmern sich um Visum, Flug und Unterkunft. Doch nicht alle Angebote sind empfehlenswert. Achten Sie

### Lassen Sie sich nicht auf unbezahlte Praktika ein.

auf folgende Labels: Tourism Child Protection Code, Tour Cert und Fair Trade Tourism. Tipps für die Auswahl gibt es beim Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung (siehe Spalte rechts).

## ohne Strafe davon

Männerhäuser in den Kantonen Aargau, Bern und Luzern ([www.zwueschehalt.ch](http://www.zwueschehalt.ch)).

● Falls Sie längeren oder umfassenderen Schutz benötigen, können Sie das vor Gericht beantragen. Dieses kann bestimmen, dass der Täter nicht in Ihre Wohnung zurück oder Sie nicht kontaktieren darf. Das Gericht kann ihm auch verbieten, sich an bestimmten Orten aufzuhalten.

Dies ist auch im Rahmen eines Trennungs-, Scheidungs- oder Eheschutzverfahrens möglich. Die Gerichte können zudem provisorische Massnahmen festlegen, die dann sofort gelten. Dazu wird die Gegenpartei nicht befragt.

● Falls Sie verletzt sind, sollten Sie unbedingt zum Arzt gehen. Nicht nur der Gesundheit we-

gen: Die Resultate der Untersuchungen können vor Gericht als Beweis dienen.

● Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle, die es in jedem Kanton gibt. Die Adressen finden Sie hier: [rebrand.ly/beratungsstellen](http://rebrand.ly/beratungsstellen).

● Früher kümmerte sich der Staat nur um Verfolgung und

### Die Opferhilfe bietet gratis juristische und medizinische Hilfe.

Bestrafung der Täter und Täterinnen.

Heute gibt es ein Opferhilfegesetz, das die Kantone verpflichtet, Opferberatungsstellen zu führen. Diese geben kostenlos medizinische, psychologische und juristische Unterstüt-

zung. Die Adressen finden Sie hier: [rebrand.ly/opferhilfe](http://rebrand.ly/opferhilfe).

**MIGRANTINNEN.** Sind die Opfer Migrantinnen oder Migranten, die im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz gekommen sind, ist ihre Situation besonders schwierig: Ihr Aufenthaltsrecht ist an eine intakte Ehe gekoppelt. Das Gesetz sieht aber vor, dass Opfer ehelicher Gewalt oder Zwangsheirat als Härtefälle gelten können, also bei einer Trennung nicht automatisch die Schweiz verlassen müssen. Einfach ist es trotzdem nicht: Die Gewalt muss mit Arztzeugnissen, Polizeirapporten, Strafanzeigen oder Ähnlichem belegt werden können. Lassen Sie sich unbedingt von der kantonalen Beratungsstelle helfen!

### DIE DARGEBOTENE HAND

TEL. 143

Eine erste Anlaufstelle für Opfer von häuslicher Gewalt ist die Dargebotene Hand. Die Beratungsstelle ist unter der Telefonnummer 143 oder online unter [www.143.ch](http://www.143.ch) per Mail oder Chat erreichbar. Der Kontakt ist anonym und 24 Stunden am Tag erreichbar.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

## Objektive fürs Handy: unbrauchbar

Fotografieren mit dem Handy hat einen grossen Nachteil: Stark vergrösserte Aufnahmen oder Weitwinkelbilder sind nicht möglich. Spezielle Linsen versprechen Hilfe. Sie lassen sich mit einer Klammer vor die Handykamera klemmen.

In den Läden sind zwei Typen von Linsen erhältlich: Teleobjektive sowie Sets für Makro- und Weitwinkelaufnahmen. Saldo prüfte Handhabung und Bildqualität von fünf häufig verkauften Linsensets.

Fazit: Nur gerade die Makrolinsen **Nur gerade zwei Makrolinsen liefern gute Bilder.** in den Sets der Hersteller Aukey und Somikon liefern gute Bilder.

Mit ihnen lassen sich sehr kleine Objekte wie Blumenblüten oder Insekten aus rund einem Zentimeter Abstand aufnehmen.

**UNSCHARF.** Die Weitwinkel- und Fischaugenlinsen aus diesen Sets erweisen sich dagegen mehrheitlich als unbrauchbar. Das Fischauge ist eine besonders starke Weitwinkellinse, die das Foto stark verzerrt wirken lässt. Die Fotos wurden aber bei allen Linsen unscharf. Gerade noch als genügend schnitt einzig die Fischaugenlinse des Somikon-Sets ab. Nicht zu empfehlen ist das Set von Blackeye, mit 56 Franken das teuerste im Test. Die anderen Sets kosten zwischen 20 und 30 Franken. Vernichtend fiel das Urteil der Tester bei den Teleobjektiven aus. Beide Produkte im Test befanden sie als unbrauchbar.

MARC MAIR-NOACK, DOMINIQUE SCHÜTZ



KLÄMMERLI: Die Objektivklammern sehen auf den Fotos gut aus – machen aber in der grossen Mehrheit nur schlechte Bilder. FOTO: ISTOCK

## Mehr wissen über Absicherung Unfall, Krankheit, Invalidität

Was passiert, wenn ich nicht mehr arbeiten kann? Antworten gibt's in einem Movendo-Kurs.

Wer für seine Arbeit einen angemessenen Lohn bekommt, kann davon leben. Was aber, wenn jemand wegen der Gesundheit seinen Job nicht mehr machen kann?

In der Schweiz gibt es dafür die obligatorischen Sozialversicherungen. Sie verhindern, dass Kranke, Verunfallte und Invalide in finanzielle Not geraten. Kranken- und Unfallversicherung übernehmen die Spitalkosten, die Heilungskosten und die Taggelder. Und wenn die Arbeitsunfähigkeit länger dauert, zahlt die Invalidenver-

sicherung eine Rente. Wie funktionieren diese Versicherungen? Wie werden sie finanziert? Wer hat Anspruch darauf? Welche Gesetzesänderungen stehen an, und was heisst das für die Versicherten?

**ANTWORTEN.** Gesundheitsökonomin Anna Sax und Sozialversicherungsexpertin Christine Goll beantworten alle Fragen in einem zweitägigen Kurs. Er wird von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, angeboten und ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. (sib)

**Soziale Absicherung bei Unfall, Krankheit und Invalidität,** 11. und 12. September 2017 in Sigriswil BE. Detailliertes Programm auf [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch).

# workrätsel

## 3 Coop-Gutscheine à je Fr. 150.- zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen Glück und viel Spass beim anschliessenden Einkauf!

**coop** rechtsschutz  
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 9  
Das Lösungswort lautet: GLEICHSTELLUNG



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Hans Muster, Holderbank AG. Herzlichen Glückwunsch!

kleines Stück Papier	diese Wende braucht es (work)	im Wappen der Stadt Basel ist einer	sie & Co. sind nicht geschlagen (Editorial)	Blumen und Gewürze	Armen-viertel	salopp: so ist man besoffen	Verbin-dungswort	2	der Storch in d. Fabel	es ist laut Endo-gerettet	Kürzel für US-Gross-stadt an d. Westküste	Vergnügen, wie man auch sagt
12				dort ist Tallinn Hauptstadt					verblüfft oder eben so sein		8	
chem. Zeichen f. Natrium		sie be-kommt v. Grünen Sukkurs	7	Universum		Staat in Südost-europa	franz.: von		er ver-schiesst Liebes-pfeile	dieser See trennt USA und Kanada	dt. Sport-sendung	
				Würfel					sie be-wirtschaften Boden			
erstes Auftreten eines Künstlers	Nach-name, Abk.			er, in den USA	grosser flugun-fähiger Vogel		undichte Stelle	Foto-apparat	4			das Paradies
engl.: fröhlich (y = i)			Spreng-stoff		so und nagelfest		Dreifach-konsonant		getrock-nete Weinbeere			
span.: sich	Hafenstadt in Jemen				Alter für Franzosen			BVG-Ex-perte in work 9	F.e.s. = salopp f. Gesicht			dort befindet sich Bundesplatz
	etwas, das übrig-bleibt	kurz für Ergän-zungsfach		Internet-adresse v. Tunesien	neuer franz. Präsident				zierliche Pflanze		scharfes Gewürz	
grosses Säugetier	Pens.kas-sen kürzen sie zu stark (work 9)					Abk. f. Rotes Kreuz		Fehler, Schaden	Gebirge, das wir gut kennen		3	
9					senkr. Stüm-seite eines Gebäudes	vier als röm. Ziffer		Stockwerk in hohem Bus			kurz für Freitag	Anlage z. Trocken (v. Obst)
hinter-hältige Machen-schaft	blauäugig	mit T eine Stadt in West-deutschl.		Riesenrind aus Süd-ostasien	it. (Ferien-) Insel				1	Not, Armut		14
					V.y.,r = heimlicher Sex-Beob-achter		Top-Level-Domain v. Hongkong	jener Capone, Gangster		kurz für Initiali-sierungs-datei		engl.: Ohr
in jedem Bleistift hat es eine	solche Western, z.B. von S. Leone					kurz für Republik China (Taiwan)	Kuhfutter m. Gras			erstes Bemühen		
			unbelieb-tes US-Unterneh-men (Taxi)				Kernkraft, abgekürzt		geradlinig			
Energie... sinkt, so 1x1 der Wirtschaft								von höchster Güte		5		an Psy-chose leidend

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 9. Juni 2017

INSERAT

# Schluss mit Nullrunden auf dem Bau: jetzt ist Zahltag!

Mitte Juni treffen sich rund 400 aktive Bauarbeiter aus der ganzen Schweiz in Bern. An ihrer «Landsgemeinde Bau» diskutieren sie die aktuellen Herausforderungen der Branche. Bereits jetzt ist klar: Es braucht endlich wieder einmal eine Lohnerhöhung!

Bei den Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Baumeisterverband konnten Anfang Jahr wichtige Verbesserungen im Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV) erreicht werden. Eine gute Sache!

**Doch eine Lohnerhöhung lehnten die Arbeitgeber erneut ab. Zum dritten Mal nacheinander! Dies ist unverständlich und respektlos gegenüber den Bauarbeitern.** Denn:

- Der Bauwirtschaft geht es prächtig.
- Die Mieten und Krankenkassenprämien steigen kontinuierlich.
- Harte Arbeit muss sich lohnen!

**SO NICHT!**

**In den kommenden Jahren ist die Verbesserung der Kaufkraft der Bauarbeiter ein Muss. Doch das schaffen wir nur gemeinsam.**

**Uniti siamo forti:**

**Wir freuen uns auf eine engagierte Landsgemeinde!**

**Samstag, 17. Juni 2017, 9 bis 16 Uhr in Bern**



[www.unia.ch/zahltag](http://www.unia.ch/zahltag)

[bau@unia.ch](mailto:bau@unia.ch)

**UNIA**

**WORKLESERFOTO**



**Brennender Himmel**

**WANN** 24. September 2016  
**WO** Rudolfigen im Zürcher Weinland  
**WAS** Sonnenuntergang von der Terrasse über Nachbars Garten hinaus  
**Eingesandt von** Elisabeth Giger, Rudolfigen ZH

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 12. 5. 2017**

**Trauen Sie den Pensionskassen?**

**EXTREM BRUTAL**

Die Renten Kürzungen laufen jetzt extrem brutal. Wir (64jährige) haben schon gearbeitet, als die Pensionskasse noch nicht obligatorisch war. Bei einem Stellenwechsel wurde der Arbeitgeberbeitrag nicht ausbezahlt. Da fehlt jetzt viel Geld, alles von der Pensionskasse verzockt. Und jetzt noch die tiefen Zinssätze obendrauf. Die Situation ist recht frustrierend.

MARIA KESSELS, PER MAIL

**SPIEL MIT DEM FEUER**

Nein, ich traue den Pensionskassen nicht. Schon die Einführung der drei Vorsorgesäulen war ein falscher Entscheid. Es war und ist schlichtweg fahrlässig, unsere Altersvorsorge den Versicherern und dem sogenannten freien Markt zu überlassen. Ein Spiel mit dem Feuer. So überrascht es mich auch nicht, dass wir für immer mehr Geld immer weniger Leistung erhalten. Die zweite und dritte Säule müsste man besser gestern als heute abschaffen und alles Geld in die AHV stecken. Ein klarer Schnitt ist die einzige Lösung, um aus diesem selberblenden System auszusteigen.

RICARDO CIVEIRA, ZÜRICH

**VON NICHTS KOMMT NICHTS**

Es ist schon eine Frechheit, wenn Pensionskassen die angespannte Lage ausnutzen, um den Umwandlungssatz weiter gegen null zu drücken. Panikmache, wie Urban Hodel im work-Interview richtig sagt. Dass dabei gerade staatsnahe Betriebe vorangehen, macht die Entwicklung umso schlimmer. Damit verspielen die Kassen das Vertrauen der Bevölkerung. Umso wichtiger, dass sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Stiftungsräten mehr engagieren, wenn es diese Möglichkeit schon gibt. Von nichts kommt nichts, das gilt halt in allen Bereichen des Lebens.

FRITZ KUNZ, WINTERTHUR

**WORKPOST**

12. Mai 2017 **work** 5

Energiewende: Darum sagt der Handwerker Walter Eich Ja dazu  
**«Die Schweiz hat alles: Sonne, Wasser und Wind»**

**work entlarvt: Die Lügen der Gegner**

Könnten wir die dreisten Behauptungen der SVP und ihrer zugewandten Ötre gegen die Energiewende verteidigen, wäre das Energieproblem auf einen Schlag gelöst.

**DIE KOSTEN**  
 • **Die Behauptung:** Ein Vierpersonenhaushalt müsste 3200 Franken mehr Energiekosten pro Jahr bezahlen.  
 • **Die Tatsache:** Der Bundesrat und die Experten rechnen für eine vierköpfige Faami mit Mehrkosten von 40 Franken jährlich. Die 3200 Franken der Gegner sind (viel) erfunden. Ausserdem sinken dank effizienteren Haushaltsgeräten und besser isolierten Gebäuden die Energiekosten tendenziell sogar.

**DIE JOBS**  
 • **Die Behauptung:** Weil die Kosten der Energiewende so hoch seien, würden die Menschen in der Schweiz beim Konsum sparen müssen, und darum verschwinden Arbeitsplätze.  
 • **Die Tatsache:** Die Kosten der Energiewende sind gering (siehe oben), die Gefahr von gefährlichen Jobs (Frei erfunden). Das Gegenteil ist richtig: Der Umbau der Energiewirtschaft schafft neue Jobs in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Entwicklung und Forschung. Bereits 2012 kam eine Studie der Schweiz-

**ATOMKRAFT? NEIN DANKE!**

erreichen wollen. Dass der neue Gesamtarbeitsvertrag sie darin unterstützt, finde ich super. Harte Arbeit soll sich lohnen!

GERDA STEINER, HERISAU AR

**WORK 9 / 12. 5. 2017: «WIR LASSEN DIR NICHTS DURCH»**

**Kapitalismus à la Macron**

Jetzt ist er also gewählt, Emmanuel Macron, der neue Präsident von Frankreich. Und alle freuen sich, dass Neofaschistin Marine Le Pen im zweiten Wahlgang unterlegen ist. Doch um ehrlich zu sein: Wissen wir wirklich, dass es mit Macron so viel besser sein wird? Es bleibt zu hoffen, dass der Widerstand auf der Strasse die allzu groben Auswüchse des Kapitalismus à la Macron bremsen wird. Und dass die Parlamentswahlen, die bald anstehen, dem Linksbündnis von Jean-Luc Mélenchon eine angemessene Vertretung im Parlament bringen. Ansonsten scheint mir klar, dass die Chancen von Marine Le Pen für die Wahlen in fünf Jahren steigen. Quelle catastrophe!

PAUL BURRI, LYSS BE

**WORK 8 / 28. 4. 2017: SALDO-TIPP – MULTIFUNKTIONSDRUCKER: DAS PASSENDE GERÄT**

**Tintentanks statt Patronen**

Besten Dank für den Saldo-Tipp über die Drucker und die Tintenpatronen. Ich persönlich besitze seit mehreren Monaten einen Epson-Drucker mit Tintentanks. Somit kann ich die eklatanten Abzockereien umgehen, bei denen die Patrone schon bei 80 Prozent Tintenverbrauch als leer gemeldet wird. Mit den Tankfüllungen kann ich ein ganzes Jahr lang drucken.

T. JUNKER, SISSACH BL

**WORK 9 / 12. 5. 2017: «DIE SCHWEIZ HAT ALLES: SONNE, WASSER UND WIND»**

**Hopfen und Malz**

Täusche ich mich, oder waren die Abstimmungssonntage in der letzten Zeit weniger frustrierend als auch schon? Durchsetzungsinitiative gebodigt, Unternehmenssteuerreform III auch, und jetzt das Ja zur Energiestrategie. Schön zu wissen, dass trotz der bürgerlichen Mehrheit im Parlament politisch nicht Hopfen und Malz verloren sind.

SUSANNE FRIEDRICH, BASEL

nalrätin Magdalena Martullo-Blocher behauptet, bei Annahme würde uns der Staat vorschreiben, wann wir unser Handy aufladen dürften. Grafi sch wird in Farbinserten ein Bananenverbot suggeriert, und in der Riesenaufgabe der SVP-Gratiszeitung wird prophezeit, wir könnten künftig nur noch kalt duschen. Das mag zwar gesund sein, aber es bleibt auch mit der Annahme der neuen Energiestrategie unser freier Entscheid, wie wir duschen.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

**WORK 9 / 12. 5. 2017: «ES HAT SO VIELE KÜHE, SO VIEL SCHNEE»**

**Harte Arbeit soll sich lohnen**

Die beiden Frauen, die Sie im letzten work vorgestellt haben, sind sehr sympathisch. Und wissen offensichtlich, was sie im Leben

**Bedenklich tiefes Niveau erreicht**

Für wie dumm halten uns die Gegner des neuen Energiegesetzes? Die Sprüche auf Plakaten und in Inseraten haben ein bedenklich tiefes Niveau erreicht. Auch SVP-Natio-



**Geist**

Geist ist etwas Wunderbares: «Du gehst mir auf den Geist», etwa. Wohin genau? Wo's stört? Hast du einen empfindlichen Geist? Andere sehen das anders: Dem Geist komme wesensmässig Vernunft und Intelligenz zu – er ist das Auge der Seele. So weit der Philosoph Thomas von Aquin. So weit zum Mittelalter. Doch heute sieht das anders aus. Hast du genügend Geist, mich zu verstehen? Hab ich genügend Geist, dich zu verstehen? Sind wir beide vernunftbegabte Wesen? Können wir uns normal unterhalten, ohne dass ich dich – leider – zusammenöffeln muss? Es gibt eine Grenze, die nicht überschritten werden darf, sagt zum Beispiel Ex-US-Präsident Barack Obama. Und die darauf überschritten wird, auch leider. Es ist einfach zum Verzweifeln. Was nützt denn da der Geist? Braucht es den überhaupt? Aber sicher! Wo kämen wir da hin, wenn alles möglich wäre? Etwa gar eins kiffen vor dem Denken? Ui, ich seh einen Geist, geh weg!

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «workwort».

**CLARA VUILLEMIN  
DIE TECHNIKERIN**

Clara Vuillemin (\* 1992) ist in Zürich geboren und aufgewachsen. Zweieinhalb Jahre vor der Matur brach sie das Gymnasium ab und bereitete sich alleine auf die eidgenössische Matur mit Schwerpunktfach Russisch vor. Sie schloss ein Jahr vor den ehemaligen Schulkolleginnen und -kollegen ab. Danach startete sie an der ETH Lausanne ein Studium in Maschinenbau. Während des Studiums engagierte sie sich bei den jungen Grünen. Ursprünglich wollte sie in der Waadt Lokalpolitik machen. Das ging schief: «Weil ich die Einzige ohne Angst vor Sitzungen in der Deutschschweiz war, wurde ich nach wenigen Wochen in den nationalen Vorstand gewählt.»

**MOSKAU.** Nach einem Jahr Maschinenbau an der ETH wechselte sie auf Elektrotechnik und studierte das letzte Jahr in Moskau. Dort belegte sie vor allem Informatikfächer und arbeitete als Journalistin bei einer deutschsprachigen Zeitung. Sie arbeitet als Entwicklerin von Apps und als IT-Managerin beim Rotpunktverlag. Vor gut einem Jahr stieg sie bei «Republik» ein, zuerst als unbezahlte Beraterin, seit Januar 2017 mit einem Arbeitsvertrag. Bei «Republik» sind alle Teammitglieder Genossenschafter mit Einheitslohn. Er liegt bei brutto 8000 Franken für 100 Prozent. Zur Frage, ob sie Hobbies habe, meint sie: «Vermutlich schon. Aber ich kann mich nicht erinnern.»



**Clara Vuillemin (25) will mit dem Projekt «Republik» die Schweizer Medienlandschaft aufmischen**

# «Wir machen etwas, was es noch nicht gibt»

**«Republik» hat innert eines Monats mehr als drei Millionen Franken Startkapital gesammelt – das ist Weltrekord. An der Arbeit ist das Team schon lange.**

SINA BÜHLER | FOTOS JASMIN FREI

Zuletzt habe sie keinen klaren Gedanken mehr fassen können, die Nervosität sei riesig gewesen, erzählt Clara Vuillemin. Die 25jährige ist beim Medienprojekt «Republik» für die Informatik verantwortlich. Doch schon nach wenigen Stunden war klar, dass alles gut kommt: Ende April startete das Team mit einer Crowdfunding-Kampagne. Gesucht waren 3000 Abonnentinnen und Abonnenten, die bereit waren, insgesamt 750'000 Franken Vorschuss für ein Abo zu zahlen. Erst dann würden auch Investorinnen und Investoren grössere Beiträge sprechen. Es klappte – und wie!

In nur zehn Stunden sammelte «Republik» eine Million Franken und 3800 Abon-

nenten. Am zweiten Tag brach das Team den Weltrekord für journalistisches Crowdfunding. Vier Wochen später, am Ende der Kampagne, haben knapp 14'000 Abonnenten weit über 3 Millionen Franken bezahlt. Die Idee: ein neues digitales Magazin. Die Strategie: in Journalismus investieren statt in Verwaltungsratsboni wie bei den grossen Verlagshäusern. Die Methode: Leserinnen und Leser werden über das Abo zu Genossenschaftern und damit zu Mitverlegern. Clara Vuillemin: «Zum Glück hat es geklappt. Niemand vom Team hatte einen Ausweichplan.»

**INPUTS UND TIPPS.** Gerade hat sie mehrere Stunden lang «First-Level-Support» gemacht, also die Anliegen und Mails der neuen Verlegerinnen und Verleger bearbeitet. Darunter fallen das Lösen von Problemen beim Bezahlen oder beim Login genauso wie auch das Lesen von Inputs für Kampagnen und Geheimtipps für investi-

gative Geschichten. Vuillemin: «Plötzlich merke ich, dass hinter den 13'000, die ein Vorschussabo bezahlt haben, nicht einfach Leserinnen, Nutzer oder Kundinnen stecken. Es sind 13'000 Menschen, die sich wirklich als Verleger verstehen, die mitdenken wollen.»

**FORM UND INHALT.** Clara Vuillemins Stellenbeschreibung lautet «Head of IT», Chefin für Informatik. Sie meint zwar, das neunköpfige Team sei nicht hierarchisch organisiert: «Ich bin einfach verantwortlich für diesen zentralen Bereich und sitze in der Geschäftsleitung. Aber meine Autorität ergibt sich aus der Rolle, nicht aus dem Titel.»

Denn die ist entscheidend: «Republik» prüft gerade, wie viel Technik im eigenen Haus entwickelt werden soll. Vuillemin erklärt: «Wir brauchen viel interne Kompetenz. Auch, um Form und Inhalt bestens verknüpfen zu können.» Und so gibt es für Clara Vuillemin und ihr Team im nächsten



**VORBEREITUNGEN:** Das Team der «Republik» mobilisiert und organisiert. Die Erwartungen der über 12'000 Verlegerinnen und Verleger sind gross.

halben Jahr einige Bereiche rund ums Produkt «Republik», mit denen sie sich auseinandersetzen müssen: mit der Onlineplattform, auf der später das Magazin erscheinen wird. Mit dem interaktiven Bereich, wo Leserinnen und Leser mitdiskutieren können. Vielleicht mit einer App für Handys.

Allerdings dreht sich Clara Vuillemins Job nicht nur ums Entwickeln: «Ich bin auch die, welche gute Ideen anzweifelt und manchmal mit dem Rotstift zusammenstreicht.» Für alles reicht das Geld eben doch nicht. Sie leitet Workshops, nimmt an Sitzungen und Gesprächen teil, zeichnet und denkt nach. Die so erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne, die das Team selber lanciert hat statt auf einer der bekannten Plattformen, sei ein erster Testlauf gewesen. «Wir wollten herausfinden, ob unser Storytelling, die Art, wie wir unsere Geschichte erzählen, funktioniert», sagt die 25jährige. Das hat es nicht zuletzt, weil das Team bei der ersten gesammelten Million versprach, die Zahl der Ausbildungsplätze für Journalistinnen und Journalisten auf vier zu verdoppeln. Weil es mit der zweiten Million eine zusätzliche Redaktionsstelle schaffen will und mit der dritten vertiefte Recherchen.

**KREUZ UND QUER.** Clara Vuillemin ist keine Informatikerin, die schon als Kind Computer auseinandernahm. Damals spielte sie Theater. Sie hat ein sehr distanziertes Verhältnis zu ihrem Handy, nutzt kaum Social Media. Irgendwie rutschte sie während des Studiums rein: «Ich habe das Programmieren einfach gefühlt», sagt sie. Seither ist es ihr Beruf. Mit ihren 25 Jahren ist sie die Jüngste im «Republik»-Team. Die Kolleginnen und Kollegen würden ihr das aber nicht zu spüren geben, wohl zum ersten Mal in ihrem Berufsleben. «Es war sonst immer schwierig, meine Meinungen zu vertreten. Ich konnte ja nie mit meiner Erfahrung argumentieren.» Bei «Republik» hingegen wisse noch gar niemand, was funktionieren werde: «Wir machen etwas, was es noch nicht gibt.»

Und warum braucht es das überhaupt? Ihre Antwort sei ganz egoistisch, sagt Vuillemin: «Weil ich selber dieses Medium will.» Sie liest zwar viel Nachrichten, auch online, sie sei eine «Kreuz- und-quer-Leserin». Lange hatte sie die NZZ abonniert, heute liest sie lieber die «Zeit». «Ich mag Papier», sagt die IT-Fachfrau. Aber letztlich sei das mehr eine Gewohnheitssache, «ein Ritual.» «Republik» soll denn auch ein reines Onlinemedium sein, ungefähr eine bis drei Geschichten im Tag haben die Macherinnen und Macher bis jetzt versprochen. Viel mehr ist noch nicht bekannt.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden 2. Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Sina Bühler, David Gallusser, Michael Stötzel, Clemens Studer **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92'906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.